

Wöchentlich 65 Bl., monatlich 2,00 M., im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M., einschließlich 60 Blg. Postgebühren und 72 Blg. Postbefreiungsbühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“, Illustrierte Beilagen „Hoff und Zeit“ und „Kinderfreund“, Ferner „Frauenstimme“, „Lohn“, „Bild in die Zukunft“, „Jugend-Vorwärts“ und „Stadtbeilage“.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Donnerstag
2. Oktober 1930
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Konnurrenz der 40 Blätter „Kommunisten“, Reichsblatt, „Kleine Kammer“, das einzige Wort 25 Pfennig (täglich zwei getragene Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stielengelicht das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Pfennig, Familienangelegenheiten Seite 40 Pfennig. Konzeptionsanträge im Hauptort: Lindenstraße 3, monatlich von 5/1, bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65, D. O. u. D. B. - G. G., Depostitenkasse, Jerusalemstr. 65/66.

Fremder Schlichter für Berlin!

Berliner Schlichter Rudolf Wiffell auf Antrag der Industriellen ausgeschaltet.

Im Lohnkonflikt der Berliner Metallindustrie ist eine neue Wendung eingetreten. Das Reichsarbeitsministerium hat den Streit auf sich gezogen und auf Antrag der Unternehmer den Enklichlichter, einen Sonderlichter einzusetzen. Der Sonderlichter wird noch in dieser Woche die Parteien vor eine von ihm zu bestellende Kammer laden. Ein Verhandlungstermin ist noch nicht angelegt. Von diesem Sachverhalt wurden die Gewerkschaftsvertreter gestern im Reichsarbeitsministerium unterrichtet.

Das Eingreifen des Reichsarbeitsministeriums hat in Gewerkschaftskreisen erregend gewirkt. Man befürchtet, daß der Sonderlichter eingesetzt wird, um das Wirtschaftsprogramm der Reichsregierung auszuführen, in dem es heißt: „Was durch die Kürzung der Gehälter für die öffentliche Wirtschaft angebahnt ist, muß innerhalb der privaten Wirtschaft weiter wirken zum Wohle des Ganzen.“ Soll der Sonderlichter jetzt „das Wohl des Ganzen“ dadurch fördern, daß er die Berliner Metallarbeiter zum Verzicht auf einen Teil ihrer ohnehin nicht hohen Löhne zwingen will?

Zuständig ist im Berliner Metallkonflikt zunächst der Schlichtungsausschuß unter Vorsitz des Gewerberatens Rörner, zweite Instanz ist der Schlichter von Groß-Berlin Rudolf Wiffell, der Vorgänger Stegerwalds im Reichsarbeitsministerium. Wenn sich die Berliner Metall-

industriellen in der Vergangenheit auch noch mit dem Gewerberat Rörner als Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses abgefunden haben, so vermieden sie es stets, wenn irgend möglich, einen Streit bis zu Wiffell kommen zu lassen.

Auf die Ausschaltung des Berliner Schlichters könnte man also das Dichterwort anwenden: „Man merkt die Absicht und man wird verstimmt.“ Die Einsetzung von Sonderlichtern ist in der Geschichte des deutschen Schlichtungswesens etwas durchaus Ungewöhnliches. In Berlin wenigstens hat sich nach unserer Kenntnis der Dinge zum mindesten seit dem Jahre 1924 ein solcher Fall nicht ereignet. Sollte darauf hingewiesen werden, daß sich der Berliner Schlichter, Genosse Wiffell, zurzeit auf Urlaub befindet, so ist man in Gewerkschaftskreisen der Meinung, daß Wiffell, der übrigens in Berlin weilt und leicht zu erreichen ist, seinen Urlaub sofort abgebrochen hätte, wenn es eine Gelegenheit von so außerordentlicher Bedeutung zu regeln galt.

Alles in allem muß gesagt werden, daß die Einsetzung eines Sonderlichters alles andere als geeignet ist, das Vertrauen der Arbeiter in die Unparteilichkeit des Reichsarbeitsministeriums zu fördern. Sein Verfahren hat jedenfalls jetzt schon die Wirkung gehabt, die Stimmung im Gewerkschaftslager wesentlich zu verschärfen.

Im Spiegel von New York.

Amerika und der 14. September.

New York, im September

Wohl keine europäische Wahl der letzten dreißig Jahre ist in Amerika mit stärkerer Anteilnahme verfolgt worden, als die Reichstagswahl des 14. September. Nicht einmal den Wahlen zur Nationalversammlung, als es um Sein und Nichtsein der deutschen Republik ging, ist nach dem Urteil erfahrener Beobachter eine derartige Aufmerksamkeit gezollt worden, die sich unterschiedslos auf alle Kreise der amerikanischen öffentlichen Meinung ausdehnte. Weltblätter schrien am Morgen des 15. September mit riesigen Schlagzeilen die Ergebnisse des deutschen Wahlkampfes in die Öffentlichkeit hinaus, die amerikanischen Pressevertreter in Deutschland hielten ihre Blätter auf telegraphischem und Radiowege in einer Ausführlichkeit auf dem laufenden, die selbst in Amerika als ungewöhnlich bezeichnet werden muß. Kurzum, in einem frisch hineingeschnittenen Besucher mußte die Meinung aufkommen, als würden keine deutsche, sondern amerikanische Wahlen ausgefochten.

Die Gründe dieses ungewöhnlichen Interesses liegen auf der Hand. Mit einer Klarheit, die dem politischen Verständnis der amerikanischen Presse alle Ehre macht, war man sich bewußt, daß es sich bei den Septemberwahlen um Dinge handelte, die den amerikanischen Bürger und die amerikanische Wirtschaftsbasis unmittelbar angingen. Amerikanische Geldanlagen in Deutschland, die heute in die Milliarden gehen, haben sich im Laufe der letzten Jahre mehr als verdreifacht. Die Wirtschaftsjäden zwischen den beiden Ländern sind unauslöschbar miteinander verwoben. Jede Erschütterung der öffentlichen Ordnung Deutschlands, jedes politische Babanquepiel ist für die herrschende Klasse Amerikas und damit für jeden Amerikaner fast so wichtig wie für den unmittelbar davon betroffenen deutschen Bürger.

Nun darf natürlich nicht gefolgert werden, daß sich das Interesse der amerikanischen Öffentlichkeit in erster Linie auf rein innerdeutsche Fragen bezieht. Unterhaltungen mit führenden amerikanischen Persönlichkeiten aller Schattierungen fördern als maßgebende Grundnote immer wieder zu Tage, daß die amerikanische Nation ausschließlich am Young-Plan und den Rückwirkungen der Reichstagswahlen auf dessen Abwicklung interessiert ist und sich einzig von diesen Gesichtspunkten in der Beurteilung der künftigen Lage Deutschlands leiten lassen wird. Ein interessantes Schlaglicht dieser Einstellung bietet die liberale Wochenschrift „The New Republic“, die den deutschen Wahlausfall fast allein unter dem internationalen Gesichtswinkel des Young-Planes diskutiert und ihren Lesern bereits die politischen und wirtschaftlichen Komplikationen aufzeigt, die sich aus einer Gefährdung der Reparationsvereinbarungen für Amerika und Europa ergeben würden.

Ganz soweit sind wir ja noch nicht, und in maßgebenden Wirtschaftskreisen gibt man sich im gegenwärtigen Stadium der Dinge auch keineswegs Besorgungen über eine akute Bedrohung des Young-Planes hin. Die erste Aufregung über die Wahlsiege der extremen Gruppen ist rasch kühler Ueberlegung gewichen, die sich vielleicht am besten auf die etwas variierte Nelson-Formel bringen läßt: „Amerika erwartet, daß jedermann in Deutschland seine demokratische Pflicht tut.“ In diesem Zusammenhange kommt der Einstellung Amerikas gegenüber den deutschen Parteien besondere Bedeutung zu, die auch in Deutschland zu denken geben sollte.

Bis auf gelegentliches hysterisches Geschrei ist der kommunistische Mandatszuwachs mit großer Skepsis aufgenommen worden, da man sich über die organisatorische Schwäche der kommunistischen Bewegung Deutschlands klar ist und den aufgeregten Kriegstänzen der kommunistischen Wahlindianer eine nur vorübergehende, durch die schlechte Wirtschaftslage Deutschlands bedingte Bedeutung beimißt. Anders wird der Erfolg der Hitlerianer gewertet, von denen eine unmittelbare Bedrohung der politischen Stabilität Deutschlands und eine Steigerung der schon unnatürlich hochgehenden nationalsozialistischen Instinkte weiter deutscher Kreise befürchtet wird. Darüber hinaus wird die Zunahme der Spannung in Europa mit Sorge betrachtet und in der Annäherung der nationalsozialistischen Elemente in den verschiedenen Ländern Europas ein unmittelbarer Gefahrenherd für den Weltfrieden gesehen.

Diese Betrachtungsweise führt gradlinig zur Sozialdemokratie, deren Gesichtspunkte und Einstellung hierzulande unter einem Winkel betrachtet werden, den man sich bei aller Hitze des Gefechts auch im deutschen Wahlkampf hätte wünschen können. Von rechts bis links wird in der verantwortlichen amerikanischen Presse die Sozialdemokratie als der Faktor der deutschen Öffentlichkeit bezeichnet. Bei aller prinzipiellen Gegnerschaft für die Ziele und Befreiungen der deutschen Sozialdemokratie ist man sich deutlich bewußt, daß nur eine geschlossene Arbeiterbewe-

Böb geht im Februar.

Vorläufig beurlaubt. — Pensionsgesuch in einigen Tagen. — Neuer Oberbürgermeister im Frühjahr.

Durch die Entscheidung des höchsten preussischen Verwaltungsgerichts, daß die vom Berliner Bezirksausschuß verfügte Dienstentlassung des Oberbürgermeisters rückgängig macht, wird endlich die Bahn für die Wahl eines neuen Oberhauptes der Reichshauptstadt frei.

Wie wir erfahren, wird der Oberbürgermeister wahrscheinlich noch heute vom Oberpräsidenten seine Beurlaubung erbeten. Das Pensionsgesuch will er erst unmittelbar nach Abschluß der Untersuchung des Landtagsausschusses einreichen. Der Ausschuß dürfte seine Arbeiten aber bereits in den nächsten Tagen beenden. Voraussichtlich wird die Pensionierung auf Grund ärztlicher Atteste ausgesprochen werden, da der Gesundheitszustand des Oberbürgermeisters durch die Aufregungen der letzten Zeit und nicht zuletzt durch die maßlose Pressehege seit langem schwer erschüttert ist. In diesem Falle hätte die Stadtverordnetenversammlung nicht über das Gesuch zu entscheiden. Der Magistrat kann in einem solchen Falle allein beschließen. Diese Entscheidung könnte schon Mitte Oktober fallen. Da nach dem Gesetz drei Monate bis zum völligen Ausscheiden aus dem Amt verstreichen

müssen, wird Böb voraussichtlich sein Amt offiziell am 1. Februar verlassen.

Die Berufung des neuen Oberbürgermeisters ist allein Aufgabe der Stadtverordnetenversammlung. Wahrscheinlich wird man einen besonderen Ausschuß zur Vorbereitung der Wahl einsetzen. Für die Neuwahl des Stadtkammerers besteht bereits ein solcher Ausschuß. Es ist anzunehmen, daß man diesem auch die Arbeiten für die Neuwahl des Oberbürgermeisters überträgt.

Tempo, Tempo!

In seinem Kommentar zu der Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts schrieb gestern Abend das „Tempo“:

„Das Oberverwaltungsgericht hat der schrankenlosen Verunglimpfung der Stadt Berlin, wie sie sich auch besonders im Wahlkampf zeigte, durch sein Urteil gegen Böb ein Ende gesetzt.“

Es ist erfreulich, daß das „Tempo“ in einem so schnellen Tempo den Weg zur Objektivität zurückgefunden hat. Es ist noch nicht lange her, als dieses Blatt an der Spitze jener Zeitungen stand, die sich gegenseitig in der Diskreditierung Berlins überboten.

Das Etatsdefizit für 1930.

Reichsregierung verhandelt über 500-Millionen-Kredit.

Das „Hamburger Fremdenblatt“ bringt eine Unterredung seines Berliner Vertreters mit dem Reichsfinanzminister Dietrich über den Ueberbrückungskredit, in der Dietrich u. a. erklärte, daß es sich bei dem Ueberbrückungskredit um eine sehr einfache und zu keinerlei Beunruhigung Anlaß gebende Maßnahme handelt. Während der Etat des nächsten Jahres voll ausgeglichen ist, fehlen in dem diesjährigen Etat noch einige hundert Millionen Mark, die infolge der erhöhten Ansprüche der Arbeitslosenfürsorge und der Rückgänge der Einnahmen benötigt werden. Diese Beträge sollen auf dem Kreditwege beschafft werden, bis ihre Abgeltung vom 1. April 1931 ab im Wege des ordentlichen Haushalts erfolgt. Die Reichsbank ist beauftragt, zu prüfen und darüber zu verhandeln, wie ein solcher Kredit am zweckmäßigsten aufgenommen werden kann, der zusammen mit dem größten Teil der sonstigen schwebenden Schuld in den Jahren 1931 und folgenden abgetragen werden soll. Die Verhandlungen hierüber schweben zur Zeit.

In einem Gesetz, das dem Reichsrat in den nächsten Tagen zugehen wird, wird die Abtragung des Kredits und des größten Teils

der schwebenden Schuld des Reiches in 36 Monatsraten geregelt werden, bei denen auf jedes Jahr 420 Millionen entfallen.

Beitragserrhöhung in Kraft.

Die Verordnung über den neuen Arbeitslosenbeitrag.

Der Reichsanzeiger veröffentlicht die Verordnung über den Beitrag zur Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, die bestimmt, daß der Beitrag zur Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung bis auf weiteres für das Reichsgebiet einheitlich 6 1/2 Proz. des maßgebenden Arbeitsentgelts beträgt. Die Verordnung tritt am 6. Oktober 1930 in Kraft.

Brünings Besprechungen.

Die Besprechungen des Reichsanstalters mit den Vertretern der Regierungsparteien über das Arbeitsprogramm der Regierung, die eigentlich bereits am Mittwochabend mit einer Unterredung zwischen Dr. Brüning und dem Grafen Westarp beginnen sollten, sind auf Donnerstagvormittag verschoben worden. Die Nationalsozialisten werden am Freitag gehört werden. Sie entsenden als ihre Vertreter Herrn Fried und den Münchener Rechtsanwalt und Freund Hitlers, Dr. Franz.

gung die Welle des deutschen Nationalismus dämmen und eine ruhige Entwicklung sicherstellen kann.

Amerika hält Augen und Ohren offen. Deutlich läßt sich erkennen, mit welcher gemischten Gefühlen die Möglichkeit eines rechtsreaktionären Regierungsblocks und die Einbeziehung der Hitleriten in die Reichsregierung betrachtet wird. Ganz Deutschland muß sich bewußt sein, daß ein derartiger Kurs die schlimmsten Nachwirkungen auf wirtschaftlichem und finanziellem Gebiete zeitigen muß, soweit eben Amerika und amerikanisches Vertrauen in Deutschland in Frage kommt. Es ist nur einmal so, daß bei der heutigen Ueberempfindlichkeit des modernen Wirtschaftssystems und der überragenden amerikanischen Machtvolle amerikanische Rückwirkungen nicht einmal im entferntesten Balkanwinkel übersehen werden können, noch weniger natürlich im Herzen Europas, in Deutschland.

Eine Bestätigung.

Das Wesen des Regierungsprogramms, die christlichen Gewerkschaften und Herr Stegerwald.

Im „Deutschen“, dem Organ der christlichen Gewerkschaften, jetzt der Reichsarbeitsminister Stegerwald seine Ansichten und Absichten auseinander. Der Hauptpunkt dabei ist die Lohnsenkung. Stegerwald sagt:

„Seht geht es darum, ob wir einige Jahre die Zähne aufeinanderbeißen, ob wir den in Arbeit Stehenden die Arbeit erhalten und dem Millionenheer der Arbeitslosen wieder allmählich Arbeit beschaffen wollen.

ob das deutsche Volk in seiner Gesamtheit seinen Lebensstandard vorübergehend um 5 bis 10 Prozent herabdrücken will.

Dabei ist die Auswahl gar nicht groß. Wenn wir uns zu dem Entschluß, mäßige Beschränkungen zu ertragen, nicht aufzuschwingen vermögen, dann ist kein Mensch imstande, zu verhindern, daß das deutsche Volk für lange Zeit auf den Lebensstandard der östlich an Deutschland angrenzenden Länder (Polen, Tschechoslowakei usw.) zurückgeworfen wird.“

Die Absicht des Lohnabbaues mit Hilfe des Staates wird hier offen vertreten. Diese Absicht, die im Programm der Reichsregierung enthalten ist, stößt ebenso wie das Programm selbst auf heftigste grundsätzliche Kritik der christlichen Gewerkschaften. Derselbe Nummer des „Deutschen“, in der Stegerwald die Absicht des Lohnabbaues verteidigt, enthält unter der Ueberschrift „Unhaltbare Begründung — bedenkliche Folgerungen“ einen kritischen Aufsatz, in dem es heißt:

„Die Reichsregierung begründet ihren Wirtschafts- und Finanzplan mit wirtschaftlichen Notwendigkeiten. Diese Begründung ist eine Blamage für die wirtschaftspolitischen Mitarbeiter der Reichsregierung. Die Tatsachen, die angeführt werden, sind falsch und die Schlussfolgerungen unhaltbar. Eine derartige Begründung hat ein Finanzprogramm, von dem man viele Einzelheiten bezagen kann, nicht nötig. Die Mängel der Regierungsvorschläge werden dadurch nicht beseitigt. Vielmehr wird in weiten Kreisen, insbesondere in der Arbeitnehmererschaft, Unruhe erweckt, weil die wirtschaftspolitische Einseitigkeit des Programms Zielsetzungen andeutet, die starke Bedenken auslösen müssen.

Insbesondere die Schlüsselfälle des Regierungsprogramms, welche durch Senkung der Lebenshaltung, von der natürlich infolge der großen Arbeitslosigkeit die Arbeitnehmer am meisten betroffen würden, eine Erhöhung der Kaufkraft erreichen wollen, sind primitiv und lassen die weltwirtschaftlichen Tatsachen unberücksichtigt.

Die Reichsregierung sagt: „Die Höhe der von Gehalt und Löhnen, von Steuern und Sozialkosten bedingten Gesehungskosten steht hemmend im Wege.“

Soll das heißen, daß wir vor einer Periode des Lohnabbaues und der sozialen Rückentwicklung stehen und die Reichsregierung diese Politik billigt?

Wenn ja, dann wird damit der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Volke kein guter Dienst geleistet. Was wir brauchen, ist eine Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, der Produktivität. Hier war die Reichsregierung auf richtigem Wege, als sie ihre Kartellverordnung gegen unwirtschaftliche Preisbindungen erließ. Mit keinem Worte wird jetzt gesagt, ob sie von den Nachmitteln dieser Verordnung Gebrauch machen will. Aber eins steht fest:

Die Gewinner bei der Finanzreform sind die Landwirtschaft und die gewerblichen Unternehmer.

Sie erhalten erhebliche Steuererleichterungen, insbesondere durch die landwirtschaftliche Einheitssteuer und die Senkung der Realsteuern. Die Arbeitnehmer gehen, abgesehen von einer beschleunigten Erweiterung der Krisenfürsorge (über die das Programm jedoch nichts sagt) leer aus. Sie müssen dagegen durch von uns seit jeher bekämpfte Herausnahme der Arbeitslosenversicherung aus dem Reichsstat und sonstige Einsparungen bei den Sozialausgaben einen erheblichen Teil der Kosten für die Sanierung der öffentlichen Finanzen bezahlen.

Selbstverständlich ist unbedingt notwendig, die öffentlichen Einnahmen in Ordnung zu halten, damit die Vertrauenskrise nicht verschärft, sondern überwunden wird. Ob es aber gerecht ist, die Kosten lediglich einer Bevölkerungsschicht aufzuhalten, bezweifle ich.

Diese Kritik deckt sich in vielen Punkten mit unserer eigenen Kritik am Regierungsprogramm. Die Frage, ob das Programm eine Periode des Lohnabbaues einleiten soll, ist durch Herrn Stegerwald in derselben Nummer des Blattes beantwortet worden, und zwar mit einem lauten und deutlichen Ja!

Finanzminister Dietrich im Rundfunk. Reichsfinanzminister Dietrich sprach gestern in der aktuellen Abhaltung der Berliner Funkstunde über das von der Regierung veröffentlichte Wirtschafts- und Finanzprogramm. Da sich die Ausführungen des Ministers vollständig im Rahmen der dem Regierungsprogramm angehängten Erklärungen hielten, die wir im Wortlaut bereits mitgeteilt haben, brachte der Vortrag nichts Neues. Zu bemerken ist lediglich, daß sich der Reichsfinanzminister sehr scharf gegen eine Panikstimmung in der Öffentlichkeit wandte, für die bei allem Ernst der gegenwärtigen finanziellen Situation kein Anlaß vorliegt.

Schub vor Nationalsozialisten. Die von den Nationalsozialisten entlich ihre Gastgespeise (Hessen-Süd) am 4. und 5. Oktober in Frankfurt am Main geplanten Veranstaltungen unter freiem Himmel sind wegen Gefährdung der öffentlichen Ruhe, Ordnung und Sicherheit polizeilich verboten worden.

Im Bombenlegerprozeß wurden die Zeugenvernehmungen fortgesetzt. Für Donnerstag ist die Vernehmung von Sachverständigen über die Not der Landwirtschaft vorgesehen.

Landvolk für Hafent Kreuzler.

Umbildung der Reichsregierung gefordert.

Die Christlich-Nationale Bauern- und Landvolkpartei fordert in einer von Parteivorstand und Reichstagsfraktion gefaßten Entschliebung eine Umbildung der Reichsregierung unter Heranziehung der Nationalsozialisten. Eine Regierung, die „marginal beeinflusst“, oder auch nur „von marginalen Parteien gebildet“ werde, wird abgelehnt. Die Entschliebung fordert ferner eine Abkehr von den bisherigen Wegen der deutschen Außenpolitik.

Diese Partei gehört zur Brüning-Koalition.

Hitler gegen Brünings Programm. Gegen Gehaltserhöhung im Reich — in Braunschweig dafür.

München, den 1. Oktober.

Zum Finanzprogramm der Reichsregierung schreibt der „Börsliche Beobachter“ u. a. folgendes:

„Was wir hier an Sanierungsprogramm vorferiert erhalten, ist eine furchtbare Volksbelastung, derart furchtbar, daß endlich wohl auch den Locarno-tollsten Wählern Hören und Sehen vergehen wird. Auch die deutschen Beamten können jetzt gemeinsam mit allem Volk zusehen, daß die Börse und Großbanken ebenso wie Großwarenhäuser ungeschoren davon kommen, die schaffende Nation aber die Folgen der zwösjährigen verbrecherischen Politik zu tragen hat.“

Schließlich kommt das Blatt zu dem Ergebnis, daß das Programm der Brüning-Regierung untragbar sei, denn es tue nichts anderes, als die Young-Sklaverei zu stabilisieren und es fordere vom deutschen Volk die Anerkennung, ein verflautes Volk zu sein und es bleiben zu wollen.

Die Tatsache, daß die Nationalsozialisten in Braunschweig eine zehnprozentige Gehaltserhöhung für Beamte beschließen, zeigt, wie wenig ernst diese Ausstellungen zu nehmen sind.

Bedenken der Bayerischen Volkspartei.

München, 1. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Bayerische Volkspartei läßt zum Programm der Regierung Brüning ihre grundsätzliche Bereitwilligkeit zur Mitarbeit erklären. Diese Bereitwilligkeit bedeute aber keineswegs eine Hestlegung auf die Einzelheiten der Vorschläge.

Die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz schreibt weiter: „Es soll schon heute kein Hehl daraus gemacht werden, daß vom Standpunkt der Bayerischen Volkspartei aus gegen Einzelvorschläge der Reichsregierung sehr schwere Bedenken erhoben werden müssen. Das Programm der Reichsregierung wird vor allem daraufhin zu prüfen sein, ob es nicht ein Programm auf Kosten der Länder ist. Es wäre ein widersinniges Unterfangen, die Reichsfinanzen sanieren zu wollen, indem man die Länderfinanzen dem Untergang ausliefert. Alle derartigen Maßnahmen stoßen auf den grundsätzlichen Widerstand der Bayerischen Volkspartei.“

Protest der Beamtenverbände.

Nachdem wir bereits am Dienstag den Protest des Bundesvorstandes des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes gegen die Kürzung der Beamtenegehälter bekanntgegeben

haben, sei auch die Entschliebung des geschäftsführenden Vorstandes des Deutschen Beamtenbundes zu dem Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung erwähnt. Diese Entschliebung besagt u. a.

„daß die neuerdings beschlossene Belastung für die wirtschaftlich ohnehin geschwächte Beamtenschaft eine weitere empfindliche Erschwerung ihrer Lage bedeutet und für viele Schichten der Beamten unerträglich wird. Zudem enthält der Plan keinerlei Vorschläge, durch die die von der Reichsregierung selbst programmatisch verkündete und von allen Seiten für notwendig und möglich gehaltene Preisentzug gesichert wird. Der Vorstand wird alle geeignet erscheinenden Maßnahmen ergreifen, um die der Beamtenschaft drohenden Belastung und die gegen die Länder-, Gemeinde- und Körperschaftsbeamten geplanten Sondergesetze abzuwehren. Er erwartet dabei die tatkräftige Unterstützung der gesamten Beamtenschaft.“

Auf ohne Gefahr.

Deutschnationales Spiel in Preußen.

Der Abgeordnete der Wirtschaftspartei im Preussischen Landtag, Labendorff, hat kürzlich unter Hinweis auf den Ausgang der Reichstagswahlen die Auflösung des Preussischen Landtags gefordert. Jetzt läßt die deutschnationale Fraktion des Preussischen Landtags mitteilen, daß sie für den Antrag Labendorff stimmen wird und sie im Landtag folgenden Zusatzantrag einbringen werde:

„Gleichzeitig werden sämtliche Provinzialparlamente, Kreislage, Stadtverordnetenversammlungen und Gemeindevertretungen aufgefordert und an einem gemeinsamen Wahltage mit dem Landtag gewählt.“

Solange die Deutsche Volkspartei sich nicht offiziell gegen die Auflösung des Landtages ausgesprochen hat, war man im deutschnationalen Lager von dem Antrag Labendorff alles andere als entzückt. Jetzt steht fest, daß außer Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten auch die Deutsche Volkspartei gegen den Auflösungsantrag stimmen wird und er infolgedessen mit großer Mehrheit abgelehnt werden dürfte. Jetzt ist die Deutschnationale Volkspartei auf einmal begeistert für die Auflösung des Landtags. Jetzt, wo ihr nichts mehr passieren kann und sie zunächst noch vor dem Schicksal, das ihre Reichstagsfraktion am 14. September erlitten hat, bewahrt bleibt. Und weil dem so ist, weil man weiß, daß vorläufig in Preußen nicht gewählt wird, übertrumpft man zugleich Herrn Labendorff, indem man auch noch Neuwahlen zu dem Gemeindeparlament verlangt!

Kommunistischer Misstrauensantrag.

Die kommunistische Fraktion des Preussischen Landtags hat einen Misstrauensantrag gegen das Gesamtministerium in Preußen eingebracht. Der Vizepräsident des Preussischen Landtags ist für Montag nächster Woche zusammenberufen worden, um sich über die parlamentarische Behandlung dieses Misstrauensantrages schlüssig zu machen.

Neue Niederlage Frieds!

Das thüringische Oberverwaltungsgericht hebt das Verbot des „§ 218“ auf.

Jena, 1. Oktober.

Das thüringische Oberverwaltungsgericht in Jena hat ein Verbot des thüringischen Innenministeriums, das sich gegen die Aufführung des Crebölchen Theaterstücks „§ 218 — Frauen in Rot“ richtete, aufgehoben, und die Kosten dem Innenministerium auferlegt. Die dem Verbot von Minister Dr. Fried gegebene Begründung wurde sowohl nach der tatsächlichen wie nach der rechtlichen Seite hin für unhaltbar erklärt. Die Tatbestände der angezogenen Paragraphen des Reichsstrafgesetzbuches wurden als nicht gegeben erachtet. Auch § 32 der Landesverwaltungsordnung kamme nicht in Betracht, da die Voraussetzungen hierfür fehlten. Nach dieser Entscheidung verzichtete das Gericht auf die ihm angebotene Aufführung des Theaterstücks.

Sozialpolitik im Rundfunk.

Irreführende Angaben über die unterstützten Arbeitslosen.

In der sozialpolitischen Umschau im Berliner Rundfunk am 29. September 1930 sprach Dr. Wolfgang Bohl unter anderem auch über die Arbeitslosigkeit und führte dabei aus, daß von den gegenwärtig vorhandenen 3 Millionen Arbeitslosen rund 1 1/2 Millionen in der Arbeitslosenversicherung, 1/2 Millionen in der Armenunterstützung und rund 1 Million von den Städten in der öffentlichen Fürsorge als sogenannte Wohlfahrts-erwerbslose unterstügt würden. Diese Zahlen wurden zweimal wiederholt, so daß ein Irrtum nicht vorliegen kann. Damit ist eine Irreführung der Öffentlichkeit geschehen, die einer umgebenden Nichtöffentlichkeit gerade im jetzigen Zeitpunkt bedarf. Denn es werden augenblicklich nicht eine Million, sondern nur rund eine halbe Million Wohlfahrts-erwerbslose der Städte gezählt. Eine halbe Million Arbeitslose werden aus verschiedenen Gründen nicht unterstügt. Diese letztere Tatsache ist den Hörern des Berliner Rundfunks vorzuenthalten worden. Die Darstellung von Dr. Bohl muß den Anschein erwecken, als ob durch die Politik der gegenwärtigen Reichsregierung sämtliche Arbeitslose in irgendeiner Form unterstügt würden, was jedoch nicht zutrifft.

Hellwig kann alles...

Jetzt will er sogar Prozeßberichte liefern.

Der Landgerichtsdirektor Hellwig in Potsdam, der als Vorsitzender der Großen Strafkammer augenblicklich die Berufungsverhandlung gegen den Amtsvorsteher Frenzel leitet, hat bekanntlich zu Beginn der Verhandlung die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Gleichzeitig hat er auch, entgegen sonstiger Gepflogenheit, die Pressevertreter ausgeschlossen, weil ihre Berichte möglicherweise die Stillschließung und die öffentliche Ordnung gefährden könnten.

Gestern versuchten die Verteidiger Frenzels noch einmal, die Zulassung der Presse wenigstens in beschränktem Umfang durchzusetzen. Hellwig lehnt das aber aufs neue ab, erklärte sich jedoch bereit, von sich aus einen sozjagen amtlichen Bericht — unter Mitwirkung von Staatsanwalt und Verteidiger — für die Presse herzustellen und durch die Justizpressestelle verbreiten zu lassen.

Dies Verfahren ist ein so ungewöhnliches, daß man sich fragen muß, ob die Presse nicht durch solidarische Ablehnung dieser „offiziösen“ Gerichtsberichterstattung dem neuen juristischen Journalisten den Geschmack an ähnlichen Versuchen verderben muß. Wenn die Presse über Gerichtsverhandlungen berichtet, so geschieht das, um die Öffentlichkeit des Gerichtsverfahrens sicherzustellen und auch der Öffentlichkeit eine kritische Stellungnahme zur Prozeßführung wie zur Urteilsfällung zu ermöglichen. Wenn in Zukunft jeder Gerichtsvorsitzende „seine“ Berichte schreibt, so wird damit die öffentliche Kritik unmöglich gemacht, also ein wesentlicher Bestandteil der tatsächlichen Gerichtsverfassung außer Kraft gesetzt.

Man muß den Anfängen wehren! Wir sind der Ueberzeugung, daß das hellwigische Verfahren auch den Ansichten und Absichten des Justizministeriums nicht entspricht. Deshalb erwarten wir, daß dem eifrigen Landgerichtsdirektor auch von Amtsseite bedeutet wird, daß journalistische Tätigkeit nicht zu den Aufgaben der Strafammervorsitzenden gehört, mag er auf dem Gebiete des „Hellschens“ und ähnlichen (schönen) Dingen auch einige Kenntnisse besitzen.

Britische Reichskonferenz.

Eröffnung durch Macdonald.

London, 1. Oktober. (Eigenbericht.)

Die britische Reichskonferenz wurde im Locarno-Saal des Außenamtes durch den englischen Premierminister Macdonald eröffnet. Die Dominien sind durch ihre Premierminister vertreten.

Macdonald umriß die Aufgabe der Konferenz: Regelung des Verhältnisses der Teile des britischen Reiches zueinander, des Reiches zur übrigen Welt und wirtschaftliche Probleme.

Finnlands Entscheidung.

Die Bedeutung der jetzigen Reichstagswahl.

Folgende Meldung aus Helsingfors zeigt, wie die Regierung vom Ausfall der eben sich vollziehenden Reichstagswahl abhängig macht, ob sie dem Faschismus wehren oder sich ihm unterwerfen will:

Die Kritik, welche die Lappo-Führer wiederholt an der Regierung Svinhufvud und ihre Maßnahmen übten und das umfassende Aufzetzen der Lappo-Führer haben den Ministerpräsidenten stark verstimmt. Auch der Streit der Lappo-Männer mit einem prominenten Regierungsveteran, den Landeshaupmann Jalandar von Roland, hat die Beziehung zwischen Regierung und Lappo-Gruppe getrübt. Dieser Tage hat nun Ministerpräsident Svinhufvud in einer Rede in Helsingfors erklärt, daß die wiederholten rechtswidrigen Gemalstaten der Lappo-Männer im ganzen nur dem Wellenschaum auf der Wasseroberfläche zu vergleichen wären; freilich könnten die Wellen anschwellen und für das Land gefährlich werden. Nach diesen allgemeinen Redewendungen betonte der Ministerpräsident, daß die Hauptaufgabe des neuen Reichstags die Annahme der Kampfgesetze gegen den Kommunismus sei; dieser Kampf müsse auch in Zukunft weitergeführt werden. Diese Erklärungen werden so verstanden, daß die Regierung nun doch der Lappo-Bewegung gegenüber einlenken will.

Wehrfeindlicher Wehrminister!

Vorstoß des Hitler-Anwalts gegen Groener.

Leipzig, 1. Oktober.

Zur Reichswehrprozedur folgten nach den Strafentwürfen die Plädoyers der Verteidiger.

Für den Angeklagten Wendt nahm Rechtsanwalt Dr. Frank-München, der juristische Beistand Adolf Hitlers, das Wort. Der Angeklagte Wendt müsse freigesprochen werden, wenn man die Frage aufwerfen wolle, ob nicht gegenüber dem Wahstich des Reichsanwalts, der nur von Hochverrat spreche, man annehmen müsse, daß hier ein einfaches Politisieren der Angeklagten vorliege. Das Reichsgericht habe zu entscheiden, wo in diesem Fall das straflose Politisieren aufhöre und wo das Unternehmen des Hochverrats anfangen. Der Sprung vom Politisieren in die Sphäre der Verletzung und des Hochverrats sei von den Angeklagten nicht ausgeführt worden. Der Reichsanwalt habe in seinem Plädoyer auch nicht erklärt, daß die Nationalsozialistischen Hochverrat betriebe. Er habe nur zum Schluß in Form eines Eventualantrages die Möglichkeit einer illegalen Haltung der Nationalsozialistischen Partei angedeutet. Demgegenüber sei zu sagen, daß Hitler unter seinem Eide erklärt habe, daß die Nationalsozialisten in völlig legaler Weise vorgehen. Diese Erklärung gebe auch er als Abgeordneter der zweitstärksten deutschen Partei ab.

Die jungen Offiziere hier sind Soldaten der Republik. Sie waren nicht Soldaten des alten Heeres, aber sie wollen die Ehre haben, den Namen eines deutschen Soldaten im alten Sinne zu tragen. Für diesen Titel muß der Soldat von heute sogar gegen den Willen eigener Volksgenossen kämpfen. Ich brauche hier nur auf das Wehrprogramm der Sozialdemokraten zu verweisen, in dem es heißt...

Bart. (unterbrechend): Herr Verteidiger, Sie dürfen hier nicht eine Broschüre verlesen, die nicht Gegenstand der Verhandlung gemein ist.

Rechtsanwalt Dr. Frank: Die Sozialdemokratische Partei ist bestrebt, die Reichswehr mit ihrer defizitären und passivistischen Auffassung zu durchsehen. Soll aber der Soldat sein Leben opfern für Leute, die ihm nur eine vaterlandsverderbende Rolle zuschilligen wollen? Der Soldat von heute kann nur sagen: Was heißt Republik? Was heißt Verfassung für mich? Wie sollen diese jungen Offiziere schweigen, wenn der Vertreter einer Partei erklärt: „Wir kennen kein Vaterland, wir kennen nur die Partei.“ Im Reichswehrministerium wird in der Person des Ministers der Übergang von der Front zur Politik.

Der ganze Prozeß ist nur ein Erfolg der Angst des Reichswehrministeriums vor der Pressefront von links.

Zus diesem Grunde hat man ja auch nur das Verfahren gegen die jungen Offiziere angestrengt, die sich nicht mehr in ihrer Seelenart und Gewissensangst zu helfen wußten. Hat etwa der Reichswehrminister die Verhaftung dieser jungen Offiziere in der Weise durchzuführen lassen, wie es der Ehrenstandpunkt des Offiziers verlangt? Mir fallen Vorpiegelungen des Hofbesehls und seines Ausstellers bei man die Offiziere an der Front verhaftet und durch die Straßen geführt.

Reichsanwalt (einfallend): Das ist unwahr.

Rechtsanwalt Dr. Frank (erregt): Jammoh! das ist wahr, man hat es so darzustellen versucht, als ob der Reichspräsident die Verhaftung der Offiziere ausdrücklich billige.

Das Ergebnis dieses Prozesses hier ist, daß der Geist der Frontverlebe geblieben ist. Der Geist der Leitung des Heeres hat sich den Fetzeln gebeugt.

Wenn ein Offizier sagt: „Meine Regierung ist wehrfeindlich“, so ist das sein gutes Recht, denn der Offizier darf wie jeder andere Staatsbürger politisieren. Wenn wir, die wir nicht Soldaten sind, aber sagen: „Wir wollen, daß unser Volk das stolze und beste ist“, so kann auch der Offizier verlangen, daß sein Heer das beste und reinste wird. Das Verbot politischer Betätigung hat erst die Atmosphäre der Rasinngespräche geschaffen. Man hat im alten Heer niemals an Wehrge danken zu zweifeln gehabt, denn der Offizier und jeder Mann wußten, daß in den oberen und obersten Stufen dieser Gedanken auf das äußerste gepflegt wurde.

Heute hat sich der Wehrge dank in die unteren Schichten der Reichswehr zurückgezogen, während in der Spitze der Reichswehr nur Willfährigkeit gegenüber den Linksparteien besteht.

Schub der Grenzen und der Verfassung ist nicht stets identisch mit dem Eintreten für das Vaterland. Wie stellen Sie sich, meine Herren, eine Berliner Regierung vor, deren Reichswehrminister ein Kommunist ist, der die Reichswehr zu einem Organ des Klassenkampfes machen würde. Würde der Herr Reichsanwalt in diesem Fall auch sagen, Gehorsam ist die oberste Pflicht des Soldaten? Er würde es tun, wie ich ihn kenne. (Heiterkeit, der sich auch der Reichsanwalt anschließt.) In diesem Falle gibt es einen Punkt, wo der Soldat den Staat über die Verfassung, das Vaterland über die Partei zu stellen hat. Nicht die Verletzung der Reichswehr war das Wollen der Angeklagten, sondern die Erhaltung des Wehr- und nationalen Gedankens in der Reichswehr gegenüber der vom Reichswehrministerium in den Vordergrund gehobenen Verteidigung der Verfassung.

Wie lehne hier auf der Anklagebank keine Hochverräter, wir leben hier vielmehr die lautersten Vertreter einer festgeschlossenen Front in der Reichswehr.

Wenn man geglaubt hat, daß durch diesen Prozeß der Geist der Wehrhaftigkeit und das nationale Empfinden in der Reichswehr geteilt werden könne, so irrt man sich. Gericht ist in dieser Verhandlung lediglich das heutige System. Für diese Offiziere gilt das Wort des Blattes: „Ich finde nichts Unrechtes an ihnen.“

Das Endziel dieser drei Offiziere war, dem Einmarsch in der Reichswehr energisch entgegenzutreten.

Um jedoch die Beurteilung der Offiziere erreichen zu können, griff man hier auf die Protokolle aus der Voruntersuchung zurück, auf Dokumente eines Braune, der im Landsberger Prozeß... Bart. (unterbrechend): Ich bitte Sie dringend, hier nicht über Dinge zu reden, die nicht zur Verhandlung gehören.

Rechtsanwalt Dr. Frank: Ich mußte das sagen, weil es sich hier um die Methoden eines Mannes handelt, die ein anständiger Richter doch nicht decken kann.

Bart. (außerordentlich scharf): Ich entziehe Ihnen das Wort in dieser Beziehung!

Rechtsanwalt Dr. Frank (fortfahrend): Der Grundzug dieses Prozesses ist die Rot des deutschen Soldaten. Man muß doch die Angeklagten hier nicht für Wioten halten. Das Gericht hat hier die Vertreter der Nationalistischen Partei vereidigt nach ihrer Aussage über die Unterhaltung mit den Angeklagten in München. Das hätte das Gericht nicht tun können, wenn es die Ueberzeugung gehabt hätte, daß diese drei Herren der Mittäterschaft schuldig waren. Die Angeklagten haben lediglich gegenüber der kommunistischen Zerlegung der nationalen Wollen in der Reichswehr zu verstärken gesucht. Sie griffen zur Selbsthilfe, da ihre Führung versagte. In ihm hat sich die Reichswehr vor der roten Meute zurückziehen müssen, lediglich weil ein paar Ränkelein und Weislein der Kommunistischen Partei auf der Straße zu demonstrieren wünschten.

Man wird diesen Geist des Verrückens und Zurückweichens vor der roten Meute in Deutschland nicht mehr lange zu dulden brauchen.

Der Soldat wird sehen, daß er geschützt wird vor dem Untermenschentum der Straße. Der Reichsanwalt sagte hier, Deutschland stünde heute mitten im Befreiungskampf. Es fällt mir schwer, demgegenüber eine Erwiderung zu finden, denn wir haben eine andere Auffassung von dem Befreiungskampf. Es geht nicht an, daß in dem Heere die Auffassung sich durchsetzt, daß ein gesunder Pazifismus die Armeekorps beherrschen müsse.

Meine Herren, es gibt keinen gesunden Pazifismus, denn Pazifismus ist immer ungefund.

Die Angeklagten sind entschiedene Politiker ohne Parteigänger zu sein. Ich muß es ablehnen, sie hier hingestellt zu sehen als die Anhänger einer illegalen Partei. Nicht politische Gründe, sondern jugendlicher Ungestimm führte diese drei Offiziere zu den Reichsleitern der Nationalsozialistischen Partei nach München. Die Angeklagten haben sich nicht schuldig gemacht durch die Erziehung ihrer Untergebenen zum Nationalismus, denn ein Heer kann gar nicht national genug sein. Uebrig bleibt lediglich ein edles Wollen der Angeklagten, getrieben von harmlosen politischen Gesprüchen. Ich habe die Empfindung, man will die Angeklagten in diesem Verfahren verurteilen, um auf das Heer einwirken zu können, um es reif zu machen für die große Wirtsturne, die nach dem Willen der Berberber kommen soll. Auf das Urteil des Reichsgerichts in dieser Sache war die ganze Welt und sie verlangt eine klare Entscheidung von Ihnen. Sie kann anders fallen, als daß diejenigen, die es angeht, die Empfindungen haben: „Hütet Euch, Ihr Berberber, denn der Wille der Reichswehr ist lediglich der, der Nation, d. h. dem Volke zu dienen, nicht einer Partei.“

Hierauf trat die Mittagspause ein.

Nach der Mittagspause nahm dann Rechtsanwalt Dr. Kamele-Berlin für Leutnant Audien das Wort. Seine Ausführungen begannen mit schweren Vorwürfen an die Presse und Linksparteien, die den Geist der Wehrhaftigkeit in der Reichswehr zu schwächen versucht hätten. Tatsächlich sei auch der Soldatengast in der Reichswehr nicht mehr der alte wie früher und das kaiserliche Deutschland sei ein besserer Volksstaat im Gegensatz zur jetzigen Staatsform gewesen. Der Verteidiger ging dann auf die Aussagen der einzelnen Zeugen näher ein. Er kritisierte sehr stark den Untersuchungsrichter, Landgerichtsdirektor Braune, der nach seiner Ansicht erst den Begriff der Zellenbildung überhaupt in dieses Verfahren und damit in die Akten hineingebracht habe, während die Zeugen übereinstimmend bekundet hätten, daß sie von einer nationalsozialistischen Zellenbildung nichts gesagt hätten. Dr. Kamele beantragte zum Schluß die Freisprechung seines Mandanten und die sofortige Haftentlassung. Die Verhandlung sei für alle drei Angeklagten nicht ohne Vorteil gewesen, da sie so in der Lage gewesen seien, auch eine breite Öffentlichkeit mit den Ideen bekannt zu machen.

Dann kam zum Schluß des heutigen Tages der militärische Verteidiger, der Hauptmann und Regimentsadjutant Reindl zu Wort, der erklärte:

„Am 10. März wurden aus unserer Mitte vor versammeltem Regimentskorps im Beisein der Mannschaft zwei unserer bewährtesten Offiziere verhaftet abgeführt und in Einzelhaft eingesperrt. Die Wirkung auf das Offizierskorps, auf uns, die wir das mit ansehen mußten, und keine Ahnung hatten, warum es sich handelte, kann sich nur der vorstellen, der weiß, welcher Geist das Offizierskorps besetzt. Jeder fragt sich, was geht hier vor? Erst nach langer Zeit, als durch die Zeitungen das Wort Hochverrat in dicken Lettern ging, da waren wir uns bewußt: Das ist nicht möglich. Wir, die wir die Kameraden genau kannten, im innersten Herzen, wir konnten an ihre Schuld nicht glauben. Bei dem Gedanken, daß wir Hochverräter im Regiment haben sollen, könnte man zusammenbrechen. Die Aufwiegelung, die ihnen die Anklage zur Last legt, war in Wirklichkeit nichts als der Versuch, die Gefühle in ihren Kameraden zu erwecken. Weiter wird ihnen Ermedung von Mißvergnügen vorgeworfen. Auch das ist nicht richtig. Scheringer und Audien wollten sich das Herz, das ihnen voll war, leicht reden, denn von jeder Schimpf der Offizier, der seinen Dienst ernst nimmt, sich bei Gelegenheit einmal ordentlich aus. Ebenso unverständlich ist der Vorwurf des Ungehorsams. Niemand wollten die beiden bei ihren Kameraden, oder in unserer Truppe eine Ungehorsamsbasis erregen. Sie wollten vielmehr Sauerleig abgeben für ein hochvaterländisches Ziel. Nach dem Befehl können die Angeklagten lediglich disziplinar bestraft werden. Ich bitte für meine Kameraden um Freispruch und bitte, ihre disziplinarischen Verfehlungen auf den Disziplinarwegen zu verurteilen.“

Am heutigen Donnerstag morgen wird dann Rechtsanwalt Dr. Sad-Berlin plädieren. Nach einer kurzen Replik und Duplik erhalten dann die Angeklagten das letzte Wort. Der Vorsitzende gab bekannt, daß mit Rücksicht auf die lange Beratung, die voraussichtlich folgen wird, das Urteil erst am Sonnabend vormittag um 10 Uhr verkündet werden wird.

Regierungsverhandlungen in Sachsen.

Die Rechtsparteien verhandeln.

Dresden, 1. Oktober. (Eigenbericht.)

Die Rechtsparteien des Sächsischen Landtages besaßen sich am Mittwoch wieder einmal mit der Frage der Regierungsbildung. Die Wirtschaftspartei legte ein Programm vor, in dem u. a. verlangt wird, daß Regiebetriebe und andere in das Aufgabengebiet der Wirtschaft eingreifende Einrichtungen des Staates und der Gemeinden planmäßig abgebaut werden. Der Wohnungsmarkt soll durch Entlastung und Selbstbestimmung zu einem wertvollen Auftraggeber für die Wirtschaft gestaltet werden. Ferner ist nach dem Programm beabsichtigt, die Ministergehälter, die Gehälter der Bürgermeister und die Gehälter der leitenden Angestellten in Staatsbetrieben herabzusetzen und die Pohljahrslisten der Gemeinden mit einer nur die Erwerbstätigen treffenden Steuer zu verknüpfen. Schließlich wird noch gefordert, daß alle sachlich einer Beamtenstellung nicht gemäßen Beamten aus der Verwaltung entfernt werden. Die Wirtschaftspartei verfolgt damit offensichtlich das Ziel, alle aus der Arbeiterklasse hervorgegangenen Beamten zu beseitigen.

Die Verhandlungen über die Regierungsbildung wurden nach nur einstündiger Besprechung auf Freitag vertagt.

Oesterreichs Wahltag am 9. November.

Parteitag aufgeschoben.

Wien, 1. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Nationalrat ist vom Bundespräsidenten aufgelöst worden. Die Neuwahl ist auf den 9. November angesetzt. Nach der neuen Verfassung hat das Volk binnen weiteren drei Monaten den Bundespräsidenten zu wählen.

Der auf den 31. Oktober nach Graz einberufene Parteitag wird erst nach der Parlamentswahl zusammengetreten.



— Und hier, meine Herrschaften, sehen Sie die Teile des Volkes, die wirklich opfern müssen zum Wohle des Ganzen. —

Berlin wird Großhafen.

Alt-Berlin wird umgebaut / Neuer Spreetunnel / Freie Bahn für alle Schiffe.

Wie wir erfahren, leitet der Magistrat der Stadtverordnetenversammlung in diesen Tagen eine Vorlage zu, in der er um Zustimmung zu der Verpflichtungserklärung der Stadt Berlin für den gemeinsamen mit der Reichswasserstraßenverwaltung durchzuführenden Umbau der Mühlendammstaustufe bitte. Gleichzeitig soll zu diesem Zwecke ein erster Teilbetrag von 2 Millionen Mark in den Haushalt für 1931 eingestellt werden.

Der Umbau der Mühlendammstaustufe ist notwendig geworden, um den zukünftigen Tausendtonnenschiffsverkehr auf dem Wege vom Ruhrgebiet über den Mittellandkanal nach Berlin auch die Fahrt durch die als einheitliches großes Hafen-gebiet aufzufassende Innenstadt zu ermöglichen. Die Verhandlungen des Magistrats führten zu dem Ergebnis, daß die zuständigen Reichsbehörden grundsätzlich ihre Bereitwilligkeit ausgesprochen.

Das Bauprogramm.

Das für die Verbesserung der Berliner Wasserstraßen aufgestellte Bauprogramm ist einmal den Kanaldurchstich Siemensstadt—Westhafen, ferner die Erweiterung und

Der Umbau der Mühlendammstaustufe soll als vor- dringlich zuerst in Angriff genommen werden, da die bestehende Schleuse sich schon bei den Anforderungen des heutigen Schiffsverkehrs mit Fahrzeugen bis zu 600 Tonnen nicht mehr als leistungsfähig genug erweist. Die neue Schleuse wird deshalb die doppelte Leistungsfähigkeit der alten Anlagen (Mühlendamm- und Stadtschleuse) haben. Diese doppelte Leistungsfähigkeit ist erforderlich, sowohl im Hinblick auf das Anwachsen der Bevölkerung als auch mit Rücksicht auf den ständig wachsenden Güterbedarf pro Kopf der Bevölkerung, der allein in dem Zeitraum von 1900 bis 1928 von rund 5 Tonnen auf 7,7 Tonnen pro Kopf, also um mehr als 50 Proz. gestiegen ist und ungeachtet aller Rationalisierungsmahnmahnen auch für die Zukunft eine steigende Tendenz aufweist.

Nachdem im Reichshaushalt für 1930 der erste Teilbetrag von 410 000 M. für den Umbau der Mühlendammstaustufe zur Verfügung gestellt worden ist, soll in aller nächster Zeit mit den eigentlichen Bauarbeiten begonnen werden. Die Stadt Berlin hat sich hierbei verpflichtet, den gesamten für die Bauausführung erforderlichen Grund-

auch für den erforderlichen Grunderwerb auf das geringstmögliche Maß eingeschränkt wird, oder die Wahl einer längeren Verbindung zwischen dem Ephraimischen Palais und dem Hauptgegendesamt. Während die erste Lösung einen Gesamtaufwand von 11 Millionen Mark erfordert, wären für die zweite Lösung 18,4 Millionen Mark aufzubringen, so daß sich zugunsten der ersten Lösung ein Kostenunterschied von 7,4 Millionen Mark ergibt. Bei der ersten Lösung kann das Ephraimische Palais in seiner jetzigen örtlichen Lage nicht erhalten werden. Eine Erhaltung des Gebäudes wäre nur in der Weise möglich, daß es im ganzen um 60 Zentimeter gehoben und um etwa 30 Meter nach Nordwesten verschoben wird. Die Kosten dafür würden sich auf rund 3,5 Millionen Mark belaufen, von denen 2 Millionen auf die Hebung und Verschönerung und 1,5 Millionen auf den erforderlichen Grunderwerb entfallen.

Bei der zweiten Lösung kann zwar das Ephraimische Palais in seiner jetzigen Planlage erhalten bleiben, müßte aber, um es der neuen Höhenlage der Straße anzupassen, um einen Meter gehoben werden, was einen zusätzlichen Kostenaufwand von 1,5 Millionen Mark verursachen würde. Wenn also das Ephraimische Gebäude unter allen Umständen erhalten und eine ästhetisch befriedigende Lösung erzielt werden soll, ergeben sich die Gesamtkosten im ersten Falle zu 11,0 + 3,5 = 14,5 Millionen Mark, im zweiten Falle zu 18,4 + 1,5 = 19,9 Millionen Mark. Der Magistrat hat sich aus wirtschaftlichen und technischen Gründen für die erste Lösung entschieden. Die Erhaltung des Ephraimischen Palais wäre hierbei möglich, wenn man sich entschließen kann, dafür 3,5 Millionen Mark aufzuwenden, was der Magistrat aber bei der heutigen Wirtschaftslage nicht glaubt verantworten zu können.

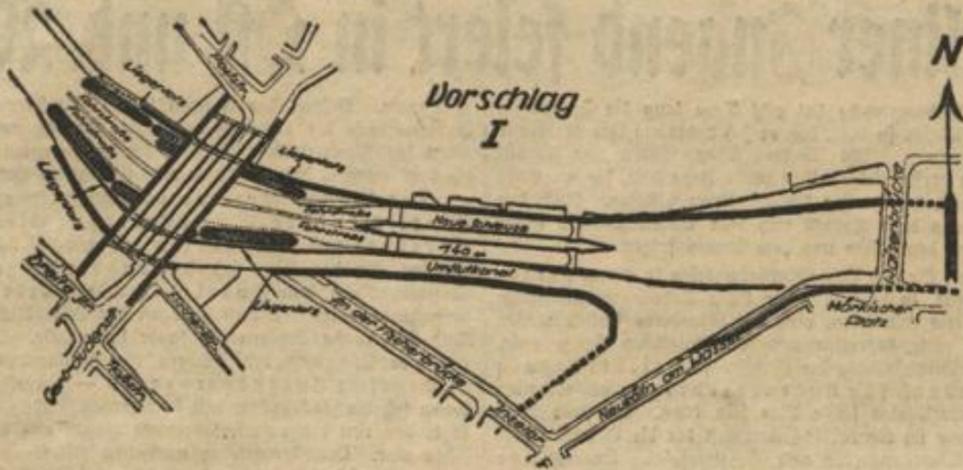
Der neue Spreetunnel der U-Bahn.

Zu den vorstehend genannten Kosten treten noch die Baukosten in Höhe von rund 3,2 Millionen Mark für den rund 200 Meter langen Spreetunnel der künftigen Untergrundbahnlinie vom Alexanderplatz durch die Leipziger Straße. Der Bau des Tunnelstücks an der Kreuzung dieser Linie mit der Spree muß im zeitlichen und örtlichen Zusammenhang mit dem Neubau der Mühlendammbrücke in den Jahren 1933 bis 1935 zur Ausführung kommen, da er zu einem späteren Zeitpunkt wegen der dann notwendigen fast völligen Behinderung der Schifffahrt nicht mehr durchgeführt werden kann.

Das gesamte Bauvorhaben bietet auf Jahre hinaus die Möglichkeit, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Neben dem Berliner Bau- gewerbe, das dadurch eine nicht unerhebliche Beschäftigung erfahren würde, werden zahlreiche andere Gewerbe günstig beeinflusst. Von den Gesamtkosten des Unternehmens, also von den Kosten, die das Reich und die Stadt Berlin aufzubringen haben, entfallen 21,6 Millionen Mark auf reine Baukosten, die in voller Höhe dem Baumarkt zuströmen.

Der Geburtstag des Reichspräsidenten im Rundfunk. Im Programm der aktuellen Abteilung der Funkstunde spricht heute um 19.05 Uhr der Reichsrundfunkkommissar Staatssekretär Dr. Hans Bredow zum 83. Geburtstag des Reichspräsidenten.

Fortschritte der Ferngasversorgung. Nachdem der Bau der großen Gaskompressoranlage in Rixdorf bei Aachen beendet ist, wird vom 1. Oktober ab das Ferngas von dort in einer 73 Kilometer langen Leitung nach Köln geleitet werden.



Wo Berlins größte Schleuse entstehen wird.

Begradigung des Spandauer Schifffahrtskanals auf der Strecke Westhafen—Humboldthafen und endlich die Umgestaltung der Staustufe am Mühlendamm. Damit ist die Möglichkeit gegeben, das Tausendtonnenschiff nach dem Westhafen zu bringen und von dort aus durch die Stadt hindurch nach der Obersee zu führen. Für den Kanaldurchstich Siemensstadt—Westhafen sind verschiedene Projekte aufgestellt, indessen kommt die Ausführung erst in Frage, wenn der Umbau der Mühlendammstaustufe fertiggestellt ist. Der für die Erweiterung des Spandauer Schifffahrtskanals von der Stadt zu übernehmende Kostenanteil wird mit 3,5 Millionen Mark berechnet. Das wichtigste Bauvorhaben stellt die Umgestaltung des Mühlendamms dar. Für die Herstellung eines allen modernen Anforderungen entsprechenden Großschiffahrtsweges vom Westhafen nach der Obersee hat die Stadt 15 Millionen Mark aufzubringen, deren Inanspruchnahme sich auf einen Zeitraum von mindestens zehn Jahren verteilt.

und Boden dem Reich unentgeltlich und lastenfrei zu übereignen und die Kosten der erforderlichen Brückenbauten zu übernehmen. Es handelt sich hierbei um die Herstellung des Überbaus für die neue Schleusenbrücke über den Spreetunnel, den Neubau der Mühlendammbrücke einschließlich Notbrücke und den Abbruch der alten Brücken, wie der Balkenbrücke und schließlich der Ausbau der Straße des Rotenufers zwischen dem Mühlendamm und der Kleinen Stralauer Straße.

Der von der Stadt zu tragende Kostenaufwand

Ist verschieden, je nachdem, in welcher Weise der Umbau der Mühlendammbrücke ausgeführt werden soll. Es bestehen hierfür grundsätzlich zwei Möglichkeiten, und zwar die Schaffung einer kürzesten Verbindung zwischen dem königlichen Fischmarkt und dem Mollentmarkt mit einer Brücke, welche die Spree möglichst rechtwinklig kreuzt, wodurch der Kostenaufwand für die Konstruktion sowohl als

Annie betrachtete ihre lang gewordenen Nägel: „Keine Sorge, Bert. Hier wird aufgepaßt und später halte ich mich genau an die Vorschriften. Ein Kind wog nur dreieinhalb Pfund, das mußte in den Brutofen. Die Mutter wird es bestimmt schwerer haben. Ich hab's gesehen, es könnte auf einer Hand sitzen, und meine Hände sind doch wirklich nicht die größten.“

„Ist es die im dritten Bett? Sie sieht so müde aus“, fragte er leise.

Die blonde? Nein — stell dir vor, sie hat noch langes Haar, bis auf die Waden reicht es! Das ist 'n Kaiserschnitt — da siehst du, wie es gehen kann. Ich hatte eine der leichtesten Geburten...

„So was mußt du ihm gar nicht erzählen, Annie, sonst denkt er, man sagt Hoppla und es ist soweit! Männer verlieren früh genug den Respekt.“

Annie knabberte vergnügt Keks.

„Daß nur Mutter — er kann die Wahrheit schon tragen. Sieh mal, was er mir alles mitgebracht hat — und Knöpfe hat er sich heute selbst an das saubere Hemd genäh! Jetzt sagst du gar nichts mehr, was?“

4.

Annies Entlassung konnte nicht, wie man erwartete, nach einer Woche erfolgen. Nährfieber fielen ihr zähes Leben an, Unterleibsblutungen fraßen an ihrer Kraft, und manche Nacht gab man ihr jene verräterischen Spritzen, die allgemein der Umlegung ins Sterbezimmer „Kabinett“, wie die Patientinnen das Sterbezimmer nannten, vorausgingen. Es kam allerdings nicht ganz so arg. Ihr Zustand blieb, an der Grenze zum Hoffnungslosen, gleichmäßig schlecht. Und auch der Junge brachte den Pflegerinnen und Ärzten Schwierigkeiten, Kummer der Mutter; sein Erbrechen stellte sich öfter und öfter ein.

Für Berthold Werla war das Leben auch nicht gerade reizvoll. Von der Arbeit kommend, ehrlich müde, sollte er eigentlich jeden Abend den großen Umweg zur Schwiegermutter machen, um warmes Essen zu bekommen. Melanie Hanel aber, die mancherlei Erfahrungen mit Hilfe ihrer drei Männer gesammelt hatte, vertrat den Standpunkt, daß ein junger Ehemann nirgends besser aufgehoben ist als bei seiner Schwiegermutter. Erstens, so erklärte sie, komme er da nicht auf schlechte Gedanken; zweitens werde ihm sein Geld nicht abgenommen; drittens könne er lernen und aus dem Schatz ihrer Lebensweisheit manchen Nutzen ziehen. Spät nachts

durfte der Schwiegerjohn, leiblich und geistig so gut ernährt, den Weg nach seiner leeren und unfreundlichen Wohnung antreten. Werla gehörte zu jener Sorte Gutmütigkeit, die aus Rücksicht entweder schwindeln oder zu spät auf den Tisch hauen, um Ruhe zu schaffen, und außerdem konnte er nicht vertragen, wie ein Schulfuge mit guten, aber billigen Lehren traktiert zu werden. Zudem war Melanies Schwester Thilde seit Jahr und Tag gelähmt, und die Schwiegermutter, selbst nicht allzu rüstig, mußte sie ankleiden, waschen, in der kleinen Wohnung hin- und herfahren — da mochte er nicht obendrein als Last erscheinen, und er fand schließlich die Ausrede, einer seiner Nachbarn, ein Arbeitskollege, habe ihm angeboten, das Essen an seinem Tisch einzunehmen.

„Ja, es ist für dich sehr un bequem“, sagte Mutter Hanel und gab sich mit einem unbestimmten Seitenblick zufrieden. Werla konnte also am nächsten Feierabend mit der gewohnten Straßenbahn fahren.

Eine ganze Kolonne vom Werk benutzte den Wagen. Einige stiegen eher aus, einige mußten an Kreuzungspunkten eine andere Linie nehmen. Seit einer Woche beobachtete Werla, daß zum Schluss immer nur er und eines der Mädel aus dem Lohnbüro im Anhänger sitzen blieb.

Umständlich stopfte er sich an diesem Tage eine Pfeife. Die Angestellte klappte ihr Buch zu und lächelte mit spitzem Mund: „Nun, Herr Werla, Sie kennen nach der Arbeit wohl keine Menschen mehr? Jeden Abend begegnen wir uns in diesem Wagen, aber Sie grüßen kaum, wenn wir beide an der gleichen Haltestelle absteigen. Berechnen Sie Ihren Afford vielleicht nicht ordentlich?“

Seine Hand fuhr über den Bart, strich bedächtig zur Seite und er blickte auf seine Pfeife dabei. Wie — zum Teufel — sollte er da antworten? Langsam wurde sein Blick fester. Wenn die anfang, dann durfte er wohl reden. Hm — jung war sie nicht gerade und sicher auch ein wenig dick. Unter dem schiefen Hut, Pelzbesatz am Hals, sah sie zwar beinahe wie eine Dame aus. Während sie ihn anlachte, hatte sie die Hände in den Schoß gelegt, ihre Brüste strafften den Stoff des seidigen Mantels. Bis hart ans Knie reichten die prallen Ruffenstiefel, man sah nur einen Streifen des dünnen Strumpfes. Sie erschien ihm anders, hochmütiger und — hübscher als die Frauen, mit denen Annie und er Umgang pflegten. Deshalb, ein wenig scheu vor dem Fremden, hatte er vermieden, mit ihr zu sprechen. Ueberhaupt, wer vom Büropersonal sprach mit einem Arbeiter?

(Fortsetzung folgt.)

Walter A. Persich
Vielleicht morgen...

Unrecht, Nachdruck verboten. Gustav Kiepenhauer Verlag G. m. b. H., Berlin.

Dieses Stück Menschenleben hat sie in sich gehabt, dachte Werla, eigentlich ist das wunderbar! Worte, ihr diesen Gedanken mitzuteilen, fanden sich nicht, er blieb nur sitzen und streichelte ihre Hand. Hinter seinem Rücken summte, flüsterte, kicherte die Krankenstube. Und dann erschien ihre Mutter, Frau Melanie Hanel, wie immer in höchster Aufregung und mit schliefendem Kapotthut. Berthold riß die Augen auf — die Alte, deren Geiz sprichwörtlich im ganzen Straßenzug war, packte umständlich ein Weißbrot aus!

„Ach, da ist er ja, der kleine Kerl! Rot und zufrieden. Wie glatt seine Haut ist. Am liebsten möchte ich ihn ja auf den Arm nehmen. Das darf ich natürlich nicht — ich weiß. Meine Tochter würde 'n Gesicht machen wie sieben Tage Regenwetter. Nun kannst du dir wohl vorstellen, liebe Annie, was das heißt, fünf auf die Welt zu setzen und alle groß zu kriegen — nachher hat man doch keinen Dank davon. — Ist er gesund?“

„Ja, Mutter, alles in Ordnung — bis auf den Magen. Der Kleine kann nicht viel Milch vertragen, gestern hat er zweimal gebrochen...“

„O Gott, was ein Unglück! Und nun?“

„Ich weiß nicht, sie nehmen mir die Milch ab. Dann wird sie hinausgetragen. Jedenfalls bekommt er die Flasche. Seitdem geht alles gut. Etwas ängstlich bin ich aber doch.“

„Ja, was es alles so gibt!“ meinte Mutter Hanel und legte ihr tiefes Gesicht in Falten. Der Schwiegerjohn hatte sie einmal schwer getränkt, als er meinte, sie sähe aus wie ein Karpfen. Seitdem war sie nicht mehr unbedingt seine Freundin. Ihre Tüllkappe wippte besorgniserregend auf dem dicken, grauen Haar.

„Glaub denn der Arzt“, warf Berthold ein, „daß wir den Jungen groß kriegen?“

Zumult vor Neuföllns Rathaus.

Unterbrechung der Sitzung. - Theater der kommunistischen Sportler.

Die Kommunisten hatten sich zu der gestrigen Sitzung des Neuföllner Bezirksversammlung eine besondere Ueberraschung ausgedacht, sie ließen die Versammlung durch einen Aufmarsch roter Sportler unterbrechen.

Witten in den Beratungen erscholl plötzlich von der Straße her wildes Rotfrontgebrüll herauf und eifertig öffneten die Kommunisten die Fenster des Sitzungssaales, um sich ihren Leuten zu zeigen. Die Sitzung mußte unterbrochen werden. Eine Abordnung erschien im Rathaus, um mit den Fraktionsführern zu verhandeln. Die Kommunisten verlangten, daß die Bestimmung des Magistrats, wonach die kommunistischen Sportlerorganisationen für die Benutzung der Turnhalle höhere Beiträge bezahlen sollten, aufgehoben wird. Die höheren Beiträge werden erhoben, weil diesen Sportorganisationen der jugendpflegerische Charakter aberkannt worden ist. Der Abordnung gegenüber erklärte der sozialdemokratische Fraktionsführer, daß die sozialdemokratische Fraktion längst beschlossen habe, den kommunistischen Antrag, der die Gleichstellung der kommunistischen Sportorganisationen verlange, zu unterstützen. Da Sozialdemokraten und Kommunisten die Mehrheit in der Bezirksversammlung haben, war die Annahme des Antrages gesichert. Die Kommunisten hätten sich das Theater also wirklich ersparen können.

Frauenbildung und Kultur.

Der Kongreß des Bundes entschiedener Schulreformer.

Der Bund entschiedener Schulreformer beginnt sein 12. Arbeitsjahr mit einem dreitägigen Kongreß, der heute morgen im Bürgeraal des Schöneberger Rathauses mit einer Ansprache des ersten Vorsitzenden Professor Paul Deßreich eröffnet wurde.

Auf der Tagung des Bundes der entschiedenen Schulreformer sprach nach den einleitenden Worten von Genossen Professor Paul Deßreich Minister Grimme über die Stellung der Frau in der Krise der Gegenwart. Es ist völlig berechtigt, so führte der Redner aus, in der heutigen Krise die Stellung der Frau besonders zu betrachten, denn sie sucht nach immer nach dem Wege zur Gewinnung eines Standortes in der menschlichen Gesellschaft. Der Maßstab, nach dem sie sich orientieren muß, liegt jedoch jenseits des Geschlechtes. Sie muß sich rein menschlich orientieren. Eine neue Kameradschaft muß sowohl den Mann als auch die Frau umfassen. Die Wertverbundenheit der beiden Geschlechter darf kein Problem mehr sein. Die Frau wird lernen, aus eigener Kraft zu leben. Erst wenn der Frau die Sache höher stehe als das Geschlecht, wenn sie ohne kämpferische Einstellung zum Mann ihr Bestes als Frau in ein Werk einzufließen vermöge, werde für sie die Not vorüber sein.

Sodann sprach Prof. Honigsheim-Köln über die Frau in der Kulturkrise der Gegenwart. Im weiteren Verlauf der Verhandlungen werden noch Frau Ministerialrat Bäumer und Professor Diefel das Wort ergreifen.

Munitionslager explodiert.

Eis Tote, vierzehn Verwundete.

London, 1. Oktober.

In Giewgiali an der serbisch-griechischen Grenze ist ein Munitionslager in die Luft geschoßen. Drei Offiziere und acht Mann wurden getötet, 14 Mann verwundet. Die Munition stammte noch aus dem Weltkrieg. Das Unglück wurde durch die Unachtsamkeit eines Soldaten hervorgerufen, der mit einem Hammer auf einen Granatzünder saß.

Schiff in Flammen.

Brennender Segler zum Sinken gebracht.

Hamburg, 1. Oktober.

Aus Glückstadt wird gemeldet, daß am Dienstag um 20 1/2 Uhr ein brennendes Schiff gesichtet wurde. Die von dem Antreib-Fahrbetrieb an die Anfallstelle entsandten Schiffe „Hanja“ und „Widling“ stellten fest, daß es sich bei dem brennenden Fahrzeug um einen vor dem Strom treibenden Ewer (ein mit Gasfeln versehenes Küstenfahrzeug) handelte, dessen Besatzung sich nicht mehr an Bord befand. Da eine Explosion vermuten ließ, daß sich noch Betriebsstoffe für einen Hilfsmotor an Bord befanden, wurde das brennende Schiff von dem Wasser-schlepper „Miehlark“ gerammt und zum Sinken gebracht. Es ist anzunehmen, daß sich die Besatzung bei Ausbruch des Feuers rechtzeitig im Beiboot gerettet hat. Ueber Namen und Heimat des verunglückten Schiffes war Näheres noch nicht zu erfahren.

Untersekundaner begeht Selbstmord.

Die Angst vor dem Eigenbleiben.

Mejeritz, 1. Oktober.

Der 18jährige Untersekundaner Ernst Berjchke, der die Aufbauschule in Paradies besuchte, erhängte sich in einem Walde in der Nähe der elterlichen Wohnung. Aus einem hinterlassenen Briefe geht hervor, daß er die Tat begangen hat, weil er erfahren hatte, daß er die Reise für Obersekundana nicht erhalten würde.

Riesenfeuerwerk in Tempelhof.

Anlässlich des heutigen Geburtstags des Reichspräsidenten fand gestern abend auf dem Flughafen Tempelhof ein großes Konzert aller vereinigten Berliner und Potsdamer Reichswehr-Musik- und Trompeterkorps statt, denen Kapellen abwechselnd von sieben Obermusikmeistern dirigiert wurden. Trotz der kühlen Bitterung waren Zehntausende von Berlinern nach dem Flughafen hinausgeplärrt, auf dem kurz vor Beginn des Konzerts Scheinwerfer und Jackeln aufstimmten, die das Gelände taghell erleuchteten. Der erste Teil der musikalischen Darbietungen gab einen Querschnitt durch klassische Opern, im zweiten Teil wurden preußische Militärmärsche zu Gehör gebracht. Ein grandioses Feuerwerk und der Japanstreich bildeten das Ende des Konzerts, mit dem die Flughafen-Gesellschaft ihre diesjährigen Veranstaltungen beschloß.

Die Einäscherung unseres verunglückten Redaktionsfahrers Gen. Georg Weimann findet am Sonnabend, 17 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Wo ist Mißwirtschaft?

Geschrei über BVG.-Grundstücksverkäufe verstummt / Böß in besserem Licht

Der Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags zur Prüfung der Mißwirtschaft in der Berliner Stadtoverwaltung beschäftigte sich am Mittwoch mit dem Wohlfühligeitsfonds des Oberbürgermeisters Dr. Böß. Der hierzu als Zeuge geladene Oberbürgermeister soll heute vernommen werden.

Die Vernehmung der Zeugen Magistratsdirektor Schulze, der seit 3 Jahren pensioniert ist, und Dr. Eger, Leiter der Berliner Festspielwoche, ergab nichts, was darauf hindeuten könnte, daß die Fonds nicht einwandfrei verwaltet worden sind. Jedenfalls ging aus den Befragungen klar hervor, daß diese keine städtischen Fonds waren, sondern zur freien Verfügung des Oberbürgermeisters standen, der daraus Arme, verschämte Arme und Künstler, die sich in bedrängter Lage befanden, unterstützte. Magistratsdirektor Schulze hob dabei besonders hervor, daß auch Organisationen, und zwar ohne Unterschied der politischen Einstellung, Mittel erhalten haben.

Auf Anfrage mußte allerdings der Vertreter des Oberpräsidenten zugeben, daß in der Untersuchung dieser Angelegenheit vor der Aufsichtsinstanz beanstandet worden ist, daß Gelder von Vieserfirmen der Stadt für solche Fonds in Empfang genommen worden sind, die in ihren Schreiben unzweideutig haben erkennen lassen, daß sie dafür Aufträge erwarten.

Ungeklärt ist porläufig noch, warum auf Anweisung des Oberbürgermeisters der Gärtnereibesitzer Clas aus dem Festspielfonds ein Darlehen von 10 000 Mark erhalten hat, das jetzt in Raten zu-

rückgezahlt wird. Der Darlehensempfänger konnte jedenfalls als Zeuge darüber nichts auslegen. Er erklärte jedoch, daß er durch die öffentliche Erörterung dieser Angelegenheit im Ausschuß geschäftlich ruiniert worden sei, und daß er sich vorbehalte, gegen den Ausschuß Schadenersatzansprüche geltend zu machen.

Auch die bis jetzt durch Zeugenaussagen erörterten Grundstücksverkäufe der Berliner Verkehrs-Gesellschaft zum Zwecke der Untergrundbahnbauten ergaben nicht den geringsten Anhaltspunkt für eine Mißwirtschaft.

Es scheint jedenfalls festzustehen, daß die freihändigen Käufe von Grundstücken auch in den viel umstrittenen Schlichtungsverfahren für die Gesellschaft bzw. für die Stadt viel billiger waren, als Entlehnungsverfahren mit nachfolgender richterlicher Entscheidung. Das ging aus der Aussage des deutschnationalen früheren Stadtbaurats Jangemeister glatt hervor. Wenn aber die bekannte Firma Voerger u. Wolff vor der Entlehnung einen langfristigen Mietvertrag abschließt und jetzt für die Ablösung desselben noch einen Millionenanspruch an die BVG. herbeifert, so kann man wohl nicht gut von einer Mißwirtschaft der Stadt sprechen. Der Zeuge Jangemeister hält den zwei Tage vor der Entlehnung abgeschlossenen Mietvertrag nicht mit Unrecht für einen Scheinvertrag. Die Klage darüber schwebt noch. Hier kann man wohl mit viel größerem Recht von einer typischen Mißwirtschaft des kapitalistischen Systems sprechen.

Berliner Jugend feiert in Ost und West.

Die Jugendherbergswocche hat acht Tage lang die Jugend in Atem gehalten. Wukte sie doch, daß es sich dabei um ihre ureigenste Angelegenheit handelte. Im Norden, Osten, Süden und Westen der Stadt fanden große vielgestaltige bunte Feste statt, die das Ende und den Höhepunkt der ganzen Veranstaltung bildeten. Nach den zwei Berichten aus dem Norden und dem Süden Berlins lassen wir heute die aus dem Osten und dem Westen folgen.

Das Werbung für das Jugendherbergswesen in einem proletarischen Bezirk, in dem in erster Linie Arbeiterorganisationen an solcher Kulturarbeit mitwirken, auch ein besonderes Gesicht tragen kann, ja tragen muß, begreifen manche bürgerlichen Kreise nicht. Dennoch hat die Veranstaltung der Ortsgruppe Friedrichshain im Reichsverband für Jugendherbergen am Sonntag gezeigt, wie wertvoll eine solche Idee sein kann. In einer Vormittagsveranstaltung im Konkordia-Festpalast bot die Jugend Chorgesang, Sport, Bewegungsspiele und Schattenspiel. Der Junge Chor, die Arbeiterjugend und die Freie Turnerschaft beteiligten sich in guten Darstellungen. Stadtjugendpfleger Genosse Kahler sprach die verbindenden Worte. Die Veranstaltung war überfüllt, Hunderte mußten umkehren. Am Nachmittag fanden sich trotz des frühen Wetters Tausende auf dem Sportplatz im Friedrichshain zu einem wahren Volksfest

zusammen. Gesang des Jungen Chors, Kunstturnen, Hand- und Faustballspiele der Arbeiterpostler und der Jugend sowie Volkstänze des proletarischen Volkstanzkreises Prenzlauer Berg schufen ein buntdemotives Bild in dieser wohl gelungenen Veranstaltung.

Der Westen Berlins verarmte keine Jugendgruppen Charlottenburg, Schöneberg, Steglitz, Wilmersdorf und Tiergarten zur gemeinsamen Werbeveranstaltung für das Werk der Jugendherbergen bereits am Sonnabend auf dem Sportplatz Tiergarten. Bei Fadelbeleuchtung boten die Aufführungen der Jugendlichen ein hübsches Bild, das große Scharen Zuschauer heranzog. Tagsüber waren auf dem Sportplatz mit Tüchern die Anfangsbuchstaben D. J. H. — Deutsche Jugendherbergen — ausgelegt worden, nach denen sich die Fadelträger mit brennenden Fackeln aufstellten. Ein Bild, das von den vorüberfahrenden Zügen aus besonders gut zu sehen war. Orchestervorträge wechselten mit Gefängen. Die alten schönen Volkstänze kamen wieder zu ihrem Recht. Mancher Zuschauer wird den gesunden Geist der heutigen Jugend bewundert haben, der so erfreulich von dem Amüßertreiben des nahegelegenen Kurfürstendamms abtritt. Der Sonntag beschloß die große Werbewocche mit einem bunten Abend im Freiberg-vom-Stein-Anzeum.

Neue Elbbrücke in Dresden.

Die weitest gespannte Blechträgerbrücke der Welt.

Am 1. Oktober wurde Dresdens neue Elbbrücke, die Kadixer Brücke, durch Oberbürgermeister Dr. Blüher feierlich eingeweiht. Die neue Brücke verbindet die links- und rechtselblich gelegenen Stadtteile Cotta, Kötzau, Trachau und Ritten und erschließt das jetzt hochwasserfrei gelegte und für Industriezwecke nutzbar gemachte große Gelände im Westen der Stadt. Mit einer Hauptspannweite von 115 Meter ist die neue Brücke die weitest gespannte Blechträgerbrücke der Welt. Ihre gesamte Ruhbreite beträgt 17 Meter, von denen 11 Meter auf die Fahrbahn und je 3 Meter auf die Fußsteige entfallen. Bei wachsendem Verkehr kann die Ruhbreite auf 25 Meter erhöht werden, indem auf jeder Seite ein neuer Hauptträger hinzugefügt wird.

Auch auf die geplante Schnellbahn Birna-Reichen, die hier über die Elbe geführt werden soll, wurde bei dem Bau der Brücke Rücksicht genommen.

„§ 218“ geht im Lessing-Theater.

Das Drama „§ 218“ (Frauen in Not) von Credé wird jetzt von dem Schauspielkollektiv der Piscatorbühne im Lessing-Theater gezeigt. Das Werk hat nichts von seiner Wucht und Eindringlichkeit verloren. Vor nur halbgelüfteten Häuse geben die Schauspieler bei der gestrigen ersten Vorstellung ihr Bestes. In der Pause sprach Herr Rechtsanwalt Dr. Georg Löwenthal, der

Verteidiger Piscators im Prozeß gegen Minister Fric über den Denaer Prozeß. Seine Rede wurde zu einer stammenden Anklage gegen das System Fric, das die Aufführung eines von der gesamten Öffentlichkeit anerkannten Kulturwertes mit allen Mitteln zu verhindern suchte. Das Oberverwaltungsgericht hat ja nunmehr Herrn Fric bescheinigt, daß sein Verbot ein neuer Mißgriff in der Handhabung des Rechts war.

Furchtbares Ausounglück. In der Nähe von Sosnowice (Polen) geriet ein Personenauto, in dem zwei Priester, ein Mädchen und der Chauffeur saßen, unter die Räder eines heranbrausenden Eisenbahnzuges. Alle vier wurden auf der Stelle getötet.

Mutter sieh mal!

Echte Edelkore, extra fein	1/2 Fl. 2.95
Feinster Tafelquavit, fuselfrei	Liter 3.30
Extra prima Nordhäuser Brantwein	„ 3.30
Echter Weinbrand Verschnitt***	„ 3.75
Echter reiner Weinbrand „Masue“	„ 4.60
Echter Jam.-Rum Verschnitt 45% Teerum	„ 5.20
29er Niersteiner, Oppenheimer und Liebfräumlisch, guter Tafelwein	1/2 Fl. 0.95
Echter italienischer Vino Vermouth	1/2 Fl. 1.20
21er roter Bordeaux „Chat, la Rose“	1/2 Fl. 1.20
Echter Ungarwein, süß	1/2 Fl. 1.35
Echter süßer w. Bordeaux „27er Graves“	1/2 Fl. 1.50

Echte süße Obstweine, hochprozentig . . . Liter von 0.75
Echte süße Südweine, unvermischt . . . „ 1.10
Feinste weiße und rote Tafelweine „ 1.00
Himbeer — Kirsch — Zitronen — Orangende . . . nur 1.65
Achtung: 1 Liter enthält ca. 1/2 Liter mehr als eine 1/2 Flasche

Größtes Spezial-Geschäft seiner Art in ganz Deutschland
Beste Einkaufsquelle für Wiederverkäufer!

Echter Pepsinwein für Kranke 1/2 Ltr. nur 1.30
Echter 25er Haut Sauternes, süß 1/2 Fl. 2.40
Preise ohne Glas — Ausschank direkt vom Faß

BERLIN:	Charlottenburg: Wilmersdorfer Str. 157
N, Brunnenstraße 42	Neukölln: Berliner Str. 12 u. Hermannstr. 27
N, Mollerstraße 144	Schöneberg: Kolonnenstraße 9
N, Chausseestraße 76	Steglitz: Schloßstraße 131
O, Koppenstraße 86	Mosbit: Wilsnacker Straße 25
N, Prenzlauer Allee 50	Spandau: Potsdamer Straße 23
O, Petersburger Str. 60	Weißensee: Berliner Allee 247
SO, Grünauer Str. 15	Pankow: Berliner Straße 152
SO, Köpenicker Str. 121	Pankow: Wollankstraße 98
W, Martin Luther Str. 86	Lichtenberg: Wismarplatz 1
Oberschöneweide, Wilhelminenstraße 40	
Frankfurt a. Oder, Richtstraße 72	Rathenow, Dunckerstraße 29
Kaßrin, Landsberger Straße 4 und Berliner Straße 19	
Brandenburg (Havel), Hauptstraße 38	
Oranienburg, Berliner Str. 1	Angermünde, Berliner Str. 23

EDUARD SÜSSKIND

Funkwinkel.

Die Funfstunde beginnt ihren neuen Vortragszyklus „Das Arbeitslosenproblem“ mit den Ausführungen des Reichsministers a. D. Gethelein zur Weltwirtschaftskrise. Die augenblickliche Krise ist vor allem in der Nationalisierung und dem Sinken der Preise für die Rohprodukte begründet. Die Erschließung neuer Böden etwa in Kanada und in den Vereinigten Staaten halte ein starkes Fallen der Getreidepreise zur Folge und damit eine sinkende Kaufkraft von Seiten der ländlichen Bevölkerung. Von hier aus begann die Ausbreitung und führt dadurch zu einem immer stärkeren Rückgang der Produktion. Gothein sieht Möglichkeiten eines neuen wirtschaftlichen Aufbaues in erster Linie in entschloener Senkung der Preise und der Steuern. Der Lohnabbau spielt in seiner Rechnung ebenfalls eine bedeutende Rolle, allerdings verschweigt Gothein, daß das Senken der Löhne nur möglich ist bei bereits vollzogener Senkung der Preise. Fritta Brod liest kleine Dichtungen des Franzosen Francis Jammes, dieses merkwürdigen Künstlers, der in einer Zeit, die alles mit dem Verstand lassen möchte, das „Licht des Herz“ sprechen läßt. Diese Dichtungen offenbaren eine große Zartheit des Gefühls, eine Liebe zur einfachen, naturverbundenen Kreativ, besonders zu den Tieren, die fast franziskanische Züge trägt. Fritta Brod spricht diese Dinge mit einer Reizung zum Nachdenken, zu einem Nachdenken, das ethisch untermauert ist. Damit bringt sie ein rhetorisches Moment in die Dichtungen, die besser völlig einfach gesprochen werden müßten. Ueber die Rede des Reichsministers Dietrich und über das Abendkonzert wird an anderer Stelle berichtet werden.

Berliner Lohnkämpfe.

Schiedsprüche im Holzhandel und Speditionsgewerbe. — Konflikt im Fuhr- gewerbe und bei Bolle.

Gestern wurde vor dem Schlichtungsausschuss über die Beilegung des Lohnstreits im Berliner Fuhrer- und Speditionsgewerbe verhandelt. Die Fuhrerrennung hat bekanntlich das Lohnabkommen zum 28. September gekündigt und war jeder Tarifverhandlung ausgemichen. Sie gab vielmehr ihren Mitgliedern die Anweisung, in den Betrieben durch Anschlag bekanntzugeben, daß ab 4. Oktober ein im Durchschnitt um 11,40 Mark je Woche niedriger Lohn als bisher ausgezahlt werden soll. Die Scharfmacher unter den Berliner Fuhrern, die jetzt die Führung der Fuhrerrennung in der Hand haben, glaubten anscheinend, in einem schneidigen Sussarenritt die Löhne ihrer Arbeiter einfach über den Haufen rennen zu können.

Vor dem Schlichtungsausschuss kam es gestern oftmals zu so schweren Zusammenstößen zwischen den Parteien, daß die Unternehmer mehrmals den Versammlungsraum zu verlassen drohten. Ganz besonders wandte sich der Vertreter des Gesamtverbandes, Genosse John, gegen die

von den Fuhrern in den Betrieben ausgeführte Verleumdung.

er sei für den Lohnabbau und spiele nur gegenüber den Mitgliedern des Verbandes den starken Mann.

Gewerbetar Köhler machte zunächst den Vorschlag, das Lohnabkommen unbefristet von Monat zu Monat mit 14tägiger Kündigungsfrist zu verlängern. Diesen Vorschlag lehnten die Organisationsvertreter mit der Begründung ab, daß die Fuhrerrennung kaum den nächsten Kündigungstermin vertreiben lassen würden, um mit ihren Abforderungen wieder auf den Plan zu treten. Der Gegen-vorschlag der Organisationsvertreter, das Lohnabkommen bis zum 31. März 1931 zu verlängern, wurde wiederum von den Unternehmern abgelehnt.

Schließlich einigte man sich über einen neuen Vorschlag des Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses, wonach der Vorstand der Fuhrerrennung seine Mitglieder anweisen soll, den angekündigten Lohnabbau nicht vorzunehmen, sondern zunächst die alten Löhne weiterzuzahlen. In der nächsten Woche soll die Schlichtungskammer wieder zusammentreten, ohne nochmals vorher in den Parteien zu verhandeln. Fällt die Kammer einstimmig einen Schiedspruch, dann soll er für beide Parteien bindend sein. Kommt kein einstimmiger, sondern nur mit Mehrheit gefällter Schiedspruch zustande, dann können sich die Parteien für seine Annahme oder Ablehnung entscheiden.

Die Gewerkschaftsvertreter haben diesem Vorschlag zugestimmt. Der Lohnkonflikt im Berliner Fuhrer- und Speditionsgewerbe bleibt also noch bis zur nächsten Woche in der Schwebe.

Lohnarif in der Spedition verlängert.

Im Berliner Speditionsgewerbe ist am Dienstag ein Schiedspruch gefällt worden, der das zum 1. Oktober gekündigte Lohnabkommen unverändert bis zum 31. Januar 1931 verlängert. Wird das Abkommen nicht am 31. Dezember 1931 gekündigt, läuft es jeweils vier Wochen weiter.

Die Speditionsunternehmer hatten mit ihren Forderungen bis zum Beginn der Schlichtungsverhandlungen zurückgehalten. Sie verlangten nicht mehr und nicht weniger als einen

zehnprozentigen Abbau der Tariflöhne.

Die Gegenforderung der Speditionsarbeiter nach Lohnerrhöhung lehnten die Unternehmer natürlich glatt ab. Nach dreistündigen Verhandlungen kam schließlich der eingangs erwähnte Schiedspruch zustande, für den eine achtstägige Erklärungsfrist festgesetzt ist.

Die Gewerkschaftsvertreter erklärten, daß sie mit Rücksicht auf die augenblicklichen Verhältnisse und um keine Unruhe in die Betriebe zu tragen, dem Schiedspruch zustimmen, obwohl sie von den Arbeitern beauftragt seien, von der Forderung nach Erhöhung der Löhne nicht abzugehen. Die Unternehmer gaben keine Erklärung über ihre Stellungnahme zu dem Schiedspruch ab.

Lohnabbau bei den Bretterträgern abgewehrt.

Der Arbeitgeberverband der Berliner Plaghöfthändler hatte dem Gesamtverband das Lohnabkommen für die Bretterträger zum 31. August gekündigt. Die Unternehmer verlangten für die Bretterträger einen Lohnabbau um 15 Proz., für die Rutscher um 10 Proz. und einen

Abbau der Akkorde um durchschnittlich 20 Proz.

Als Gegenforderung wurde vom Gesamtverband verlangt, die Löhne um 15 Proz. und die Akkorde um 20 Proz. zu erhöhen. Die Unternehmer lehnten, wie es jetzt Mode zu sein scheint, jede Verhandlung über den Neuabschluss des Tarifes ab, so daß die Organisationsleitung gezwungen war, den Schlichtungsausschuss anzurufen.

Nach zweimaligen Verhandlungen ist jetzt vom Schlichtungsausschuss ein Schiedspruch gefällt worden, wonach das Lohnabkommen bis zum 31. Januar 1931 unverändert verlängert wird, mit der Maßgabe, daß es bis zum 31. September 1931 weiterläuft, wenn es nicht zum 31. Januar 1931 gekündigt wird.

Bezeichnend ist, daß an dem Schiedspruch des Syndikats des Arbeitgeberverbandes der Berliner Plaghöfthändler Dr. Heller mitwirkte und auch für ihn stimmte der gerade der treibende Keil im Unternehmertum für die Tarifkündigung gewesen ist.

Die Branchenleitung der im Gesamtverband organisierten Bretterträger hat dem Schiedspruch am Dienstag zugestimmt. Die Erklärung der Unternehmer steht noch aus.

Die Bolle-Belegschaft kampfschlossen.

Die Funktionäre der Meierei Bolle nahmen am Montag zu der Forderung der Direktion Stellung, in der ein Abbau der Löhne um 10 Prozent verlangt wird. Ueber dieses Ansinnen herrschte in der Funktionärerversammlung helle Empörung. Die Funktionäre beauftragten die Organisationsleitung der Direktion der Meierei Bolle eine Gegenforderung auf Erhöhung der Löhne sämtlicher Arbeiterkategorien um 5 Mark je Woche zu präsentieren.

Einstimmig brachten die Funktionäre zum Ausdruck, daß die gut organisierte Belegschaft der Meierei Bolle fest entschlossen ist, die Arbeit niederzulegen, wenn die Direktion den ernsthaften Versuch unternimmt, die Löhne abzuhauen. Verhandlungen über den Neuabschluss des Lohnvertrages mit der Meierei Bolle werden voraussichtlich am nächsten Dienstag geführt werden.

Mehr Schutz dem Bauvolk.

Programmatifische Forderungen des Bauwerkverbundes.

Frankfurt a. M., 1. Oktober. (Eigenbericht.)

Auf der Generalversammlung des Deutschen Bauwerkverbundes führte der Vorsitzende Bernhard am Mittwoch aus, daß die Gewerkschaften der nationalsozialistischen Gefahr entgegenwirken müßten. Die kommunistische Partei bezeichnete er als Schutzwahl für die Unternehmer gegen die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften. Gewerkschaftsmitglieder, die für die Gewerkschaftsopposition arbeiten und ihren Weisungen folgen, hätten in dem Verband, gegen den sie kämpften, keinen Platz. Der Redner erklärte sich grundsätzlich gegen die Akkordarbeit, weil sie die Arbeitslosigkeit verschärfe. Die Lohnberechnungen des statistischen Amtes seien falsch und viel zu hoch. Sie berücksichtigten nicht die niedrigen Lohngruppen. Diese seien aber bestimmend. Den Bauarbeitern ständen Lohnkämpfe bevor, die sie mit aller Energie durchzuführen werden.

In seinem Referat „Der Bauarbeiter im Arbeitsrecht“ wies Dr. Franz Neumann darauf hin, daß eine fundamentale Abänderung des Arbeitsrechts zu erwarten sei, sobald in Deutschland der Faschismus herrsche. Italien sei ein Beispiel dafür. Die Praxis des Reichsarbeitsgerichts vernichte die Kampffreiheit in Deutschland. Bei den Tarifschiedsgerichten müsse verhängnisvolles Lavierens festgestellt werden.

Zum Bauarbeiterschutz wurde folgende Entschliebung angenommen: „Der dritte Bundestag des Deutschen Bauwerkverbundes begrüßt die noch jahrelangen Drängen der Bauarbeitergewerkschaften von den baugewerblichen Berufsgenossenschaften endlich herausgegebenen einheitlichen Unfallverhütungsvorschriften als einen Fortschritt im Sinne der von der baugewerblichen Bauarbeiterschaft seit langem erhobenen Forderungen. Der Bundestag nimmt ferner davon Kenntnis, daß die noch ausstehenden neuen Unfallverhütungsvorschriften für den Tiefbau in absehbarer Zeit erlassen werden sollen.“

Mit Bodauern aber stellt der Bundestag fest, daß die Gesetzgebung im übrigen

für den Bauarbeiterschutz seit einigen Jahren keinen merklichen Fortschritt

gebracht hat. Das der Bauarbeiterschaft seit Jahren versprochene Reichsbauarbeiterschutzgesetz ist über die Aufstellung eines Entwurfs nicht hinausgekommen. In den Ländern ist die gesetzliche Neuregelung und Verbesserung der Arbeiterschutz- und Fürsorgebestimmungen für Arbeiter auf Bauten ebenfalls stehen geblieben. Eine Ausnahme davon macht der Freistaat Sachsen, wo seit Anfang April 1930 eine Verordnung zum Schutze der Bauarbeiter besteht, die, wie anerkannt werden darf, eine Reihe unserer alten Bauarbeiterschutzforderungen erfüllt. Die in den übrigen Ländern zur Zeit geltenden Vorschriften weisen trotz ihrer großen Zahl bedenkliche Lücken auf, und außerdem sind sie durchaus unzulänglich.

Die Einstellung von Baukontrolleuren aus den Kreisen der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ist in den letzten Jahren fast gänzlich unterblieben. Vielfach leiden die unteren Verwaltungsbehörden unter einer starken Abneigung gegen die Mitwirkung der

Gewerkschaften bei der Einstellung von Baukontrolleuren. Infolgedessen werden oftmals Personen in dieses verantwortungsvolle Amt gerufen, die nicht das Vertrauen der Bauarbeiter besitzen. Der Bundestag fordert deshalb von der Reichsregierung eine allgemeine reichsgerichtliche Regelung des Bauarbeiterschutzes.

die den Forderungen der Bauarbeiter gerecht wird, von den Landesregierungen die endliche Beseitigung der baupolizeilichen Wälfür in der Arbeiterschutz- und Fürsorgegesetzgebung. An Stelle der unzulänglichen Polizeiverordnungen sind Bestimmungen zu schaffen, die auch für die Bauarbeiter menschenwürdige und hygienisch einwandfreie Betriebsbedingungen sicherstellen und jeweils für das genannte Staatsgebiet gelten. Der Bundesvorstand wird beauftragt, wie bisher unermüdet für eine Verbesserung des Bauarbeiterschutzes zu arbeiten.

Zur Jugendarbeit wurde eine Entschliebung angenommen, in der es heißt: „In der kapitalistischen Wirtschaftsform unterliegt der jugendliche Arbeiter von jeher einer besonders menschenunwürdigen körperlichen Ausbeutung und geistigen Unterdrückung. Dank der auch auf diesem Gebiete von der organisierten Arbeiterschaft geleisteten Arbeit hat sich hierin schon vieles gebessert, aber immer noch ist es rücksichtslosen Unternehmern möglich, durch Umgehung der Gesetze

die billige Arbeitskraft jugendlicher Menschen als Profitquelle

auszunutzen. Im Bauergewerbe zeigt sich das besonders auffällig in einer zahlenmäßig überproportionalen Lehrlingshaltung, wobei es vielen Unternehmern weniger um eine einwandfreie Berufsausbildung zu tun ist als vielmehr darum, ihn als billigen Handlanger unter Umgehung des tarifvertraglichen Lohnes auszubenten. Die mangelhafte Ausbildung der Lehrlinge bedeutet eine erhebliche Gefahr für die Pflege eines guten handwerksmäßigen Könnens wie auch für die Fortentwicklung der gewerkschaftlichen Lohn- und Tarifpolitik.“

Mit der Einbeziehung der jugendlichen Berufsangehörigen schließt der Deutsche Bauwerkverbund die jugendlichen Arbeiter gegen Ausbeutung und stärkt gleichzeitig seine Kampffront. Der Bundestag fordert von den Unternehmern eine verantwortungsbewusste und planmäßige Gestaltung der Lehrlingsausbildung. Unter Mitbestimmung und Mitarbeit der Gewerkschaften ist eine die Lehrverhältnisse regelnde Lehrlingsordnung zu schaffen.“

Die Entlassungen bei der B.B.G.

Der Arbeiterrat zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses

Vom Vorsitzenden des Arbeiterrats der B.B.G. wird uns zu den Entlassungen bei der B.B.G. geschrieben:

Um Härten bei den am 19. und 20. September erfolgten Entlassungen von etwa 700 Arbeitnehmern zu mildern, sind über alle die Entlassenen, die verheiratet sind und Kinder haben, mit dem Vorstand der B.B.G. Verhandlungen geführt worden. Die Verhandlungen endeten mit dem Ergebnis, daß in allen den Fällen, wo eine unbillige Härte vorliegt, Entschädigungen bis zur Hälfte der nach § 87 B.B.G. zu erreichenden Höchstentschädigung gezahlt werden sollten. Von der Zahlung einer Entschädigung sollten ausgeschlossen werden alle die Entlassenen, die im Jahre

1920 eingestellt wurden und solche Betriebsbedienstete, bei denen nach Lage der Akten die Entlassung als gerechtfertigt erscheint. Die Personalabteilung sollte gemeinsam mit der Betriebsvertretung entscheiden, in welchen Fällen Entschädigungen gezahlt werden.

Zu dieser Vereinbarung hatte der Arbeiterrat folgende Gründe: Von den etwa 700 gekündigten Arbeitern haben 500 gegen die Kündigung Einspruch eingelegt. Sollte der Arbeiterrat alle diese Einsprüche billigen und die Wiedereinstellung fordern, so müßten an deren Stelle 500 andere nach in Betriebe Beschäftigte durch den Arbeiterrat zur Entlassung vorgeschlagen werden. Diese würden dann einerseits mit Recht behaupten, daß sie durch den Arbeiterrat entlassen worden sind, andererseits hätten sie gleichfalls das Recht, Einspruch einzulegen, der dann vom Arbeiterrat abgelehnt werden müßte, oder die Schraube hätte kein Ende.

Da bei derartigen Massenentlassungen einzelne Härten unvermeidbar sind, hielt es der Arbeiterrat für richtiger, solche Härten durch Zahlung von Abfindungen zu mildern. Im Verfahren vor dem Arbeitsgericht kann bekanntlich auch nur eine Entschädigung erreicht werden, wobei es sehr zweifelhaft erscheint, ob das Gericht bei solchen Massenentlassungen auf die Höchstentschädigung erkennen würde.

Am 29. September hat der Aufsichtsrat in einer Sitzung beschlossen, einen Ausschuss zur Nachprüfung der Entlassungen einzusetzen. Der Vorstand der B.B.G. teilte uns daraufhin mit, daß die Entschädigungen vorläufig nicht gezahlt werden können, da der Ausschuss die Entlassungen, die angeblich nach politischen Gesichtspunkten erfolgt sein sollen, im einzelnen Falle nachprüfen will. Es muß darauf hingewiesen werden, daß sich der Ausschuss aus Mitgliedern der einzelnen politischen Parteien zusammensetzt, die bei der in Frage kommenden Untersuchung nach den bisherigen Erfahrungen nur ihre parteipolitischen Anhänger vertreten werden. Die politisch unorganisierten laufen daher Gefahr, weder eine Entschädigung zu erhalten, noch wieder eingestellt zu werden. Mühen könnte von einer unparteiischen Untersuchung keine Rede sein.

Es dürfte wohl zu den Seltenheiten gehören, daß in einem Großbetriebe, wo eine gesetzliche Betriebsvertretung besteht und mit dieser eine Vereinbarung über Entlassungsfreiheiten getroffen wird, dennoch andere Körperschaften mit der Unternehmung solcher Angelegenheiten betraut werden. Unter den Einspruchsberechtigten befinden sich Angehörige aller politischen Parteien sowie aller gewerkschaftlichen Richtungen. Daß die Entlassungen nach parteipolitischen Gesichtspunkten erfolgt sein sollen, behaupten nach den bisherigen Erfahrungen alle Vertreter der politischen Parteien sowie auch alle Vertreter der gewerkschaftlichen Richtungen.

Das durch den Nazi-Hauptling Engel sowie des Kommunisten Schenck im Aufsichtsrat ausgelegene Theater, die der Betriebsleitung sowie dem Betriebsrat parteipolitisch vorwerfen, wird durch die Vertreter der politischen Parteien im Aufsichtsrat erst recht eine Beurteilung nach politischen Gesichtspunkten nach sich ziehen. Wir halten es daher für richtig, die Öffentlichkeit, insbesondere den Magistrat, auf diese Zustände aufmerksam zu machen, wobei wir zugleich betonen, daß wir als Arbeiterräte vor dem Untersuchungsausschuss nichts zu verheimlichen haben und seinen Feststellungen ruhig entgegen sehen.

Der neue Generalsekretär des IGB.

Walther Schevenels der Nachfolger Cassenbachs.

Amsterdam, 1. Oktober. (Eigenbericht.)

Das Büro des Internationalen Gewerkschaftsbundes hielt am Dienstag in Amsterdam eine Sitzung ab, in der unter anderem auch Leipzig-Deutschland, sowie der Sekretär der SMJ, Adler, teilnahmen.

Das Büro wählte auf Vorschlag mehrerer Länder den bisherigen Untersekretär Walther Schevenels einstimmig zum Generalsekretär. Bis zum 1. Dezember sollen die Landeszentralen Vorschläge für die Wahl eines neuen Untersekretärs einreichen, die in der Vorstandssitzung im Dezember erfolgen wird. Der bisherige Generalsekretär Cassenbach erklärte sich auf dringenden Wunsch bereit, seine Funktion noch bis zum 1. Januar wahrzunehmen.

Berliner Gewerkschaftsschule.

Abschließend veröffentlichen wir eine Reihe weiterer Kurse der Berliner Gewerkschaftsschule. Da die Kurse in der Woche vom 13. bis 18. Oktober beginnen, ist eine Anmeldung für die Kurse umgehend zu empfehlen.

10. 11. Die deutsche und internationale Gewerkschaftsbewegung. Lehrer: Hermann Schlimme. Beginn: Donnerstag, 14. Oktober, 19 Uhr, im Beibitz-Gymnasium, Marienpark 27-28.

11. 12. Aufstiegskurs für Sozial- und Gewerkschaftler. Lehrer: Dr. med. Robert März. Beginn: Donnerstag, 16. Oktober, 19 Uhr, im Seminarraum des Anglistischen Instituts, Poststr. 23.

12. 13. Einführung in gewerkschaftliche Grund- und Organisationsfragen. Lehrer: Fritz Friede. Beginn: Dienstag, 14. Oktober, 19 Uhr, in der Gewerkschaftsschule, Engelsufer 24-25, II. Hof, I. Trepp.

13. 14. Arbeiterrechtliche Gruppe. Betriebsraterecht für Parteimitglieder. Lehrer: Dr. Ernst Feinelt, Dr. Franz Neumann und Dr. Adolf Freund. Beginn: Montag, 18. Oktober, 19 Uhr.

14. 15. Arbeiterrechtliche Gruppe für Lehrlinge. Lehrer: Dr. Fritz Schindler. Beginn: Donnerstag, 14. Oktober, 19 Uhr, im Cophter-Anstalt, Weinmeisterstraße 14-15.

15. 16. Was muß der Betriebsrat und der Gewerkschaftsausschuss vom Betrieb und von der Betriebsrat wissen? Lehrer: Richard Schulz. Beginn: Donnerstag, 16. Oktober, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Buchbinder-Verbandes, Engelsufer 24-25, Aufgang C, III. Trepp.

16. 17. Die Arbeit des Betriebsrats und der Gewerkschaftsausschüsse vom Betrieb und von der Betriebsrat wissen? Lehrer: Richard Schulz. Beginn: Donnerstag, 16. Oktober, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Buchbinder-Verbandes, Engelsufer 24-25, Aufgang C, III. Trepp.

17. 18. Was muß der Betriebsrat und der Gewerkschaftsausschuss vom Betrieb und von der Betriebsrat wissen? Lehrer: Richard Schulz. Beginn: Donnerstag, 16. Oktober, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Buchbinder-Verbandes, Engelsufer 24-25, Aufgang C, III. Trepp.

18. 19. Was muß der Betriebsrat und der Gewerkschaftsausschuss vom Betrieb und von der Betriebsrat wissen? Lehrer: Richard Schulz. Beginn: Donnerstag, 16. Oktober, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Buchbinder-Verbandes, Engelsufer 24-25, Aufgang C, III. Trepp.

19. 20. Was muß der Betriebsrat und der Gewerkschaftsausschuss vom Betrieb und von der Betriebsrat wissen? Lehrer: Richard Schulz. Beginn: Donnerstag, 16. Oktober, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Buchbinder-Verbandes, Engelsufer 24-25, Aufgang C, III. Trepp.

20. 21. Was muß der Betriebsrat und der Gewerkschaftsausschuss vom Betrieb und von der Betriebsrat wissen? Lehrer: Richard Schulz. Beginn: Donnerstag, 16. Oktober, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Buchbinder-Verbandes, Engelsufer 24-25, Aufgang C, III. Trepp.

21. 22. Was muß der Betriebsrat und der Gewerkschaftsausschuss vom Betrieb und von der Betriebsrat wissen? Lehrer: Richard Schulz. Beginn: Donnerstag, 16. Oktober, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Buchbinder-Verbandes, Engelsufer 24-25, Aufgang C, III. Trepp.

22. 23. Was muß der Betriebsrat und der Gewerkschaftsausschuss vom Betrieb und von der Betriebsrat wissen? Lehrer: Richard Schulz. Beginn: Donnerstag, 16. Oktober, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Buchbinder-Verbandes, Engelsufer 24-25, Aufgang C, III. Trepp.

23. 24. Was muß der Betriebsrat und der Gewerkschaftsausschuss vom Betrieb und von der Betriebsrat wissen? Lehrer: Richard Schulz. Beginn: Donnerstag, 16. Oktober, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Buchbinder-Verbandes, Engelsufer 24-25, Aufgang C, III. Trepp.

24. 25. Was muß der Betriebsrat und der Gewerkschaftsausschuss vom Betrieb und von der Betriebsrat wissen? Lehrer: Richard Schulz. Beginn: Donnerstag, 16. Oktober, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Buchbinder-Verbandes, Engelsufer 24-25, Aufgang C, III. Trepp.

25. 26. Was muß der Betriebsrat und der Gewerkschaftsausschuss vom Betrieb und von der Betriebsrat wissen? Lehrer: Richard Schulz. Beginn: Donnerstag, 16. Oktober, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Buchbinder-Verbandes, Engelsufer 24-25, Aufgang C, III. Trepp.

26. 27. Was muß der Betriebsrat und der Gewerkschaftsausschuss vom Betrieb und von der Betriebsrat wissen? Lehrer: Richard Schulz. Beginn: Donnerstag, 16. Oktober, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Buchbinder-Verbandes, Engelsufer 24-25, Aufgang C, III. Trepp.

27. 28. Was muß der Betriebsrat und der Gewerkschaftsausschuss vom Betrieb und von der Betriebsrat wissen? Lehrer: Richard Schulz. Beginn: Donnerstag, 16. Oktober, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Buchbinder-Verbandes, Engelsufer 24-25, Aufgang C, III. Trepp.

28. 29. Was muß der Betriebsrat und der Gewerkschaftsausschuss vom Betrieb und von der Betriebsrat wissen? Lehrer: Richard Schulz. Beginn: Donnerstag, 16. Oktober, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Buchbinder-Verbandes, Engelsufer 24-25, Aufgang C, III. Trepp.

29. 30. Was muß der Betriebsrat und der Gewerkschaftsausschuss vom Betrieb und von der Betriebsrat wissen? Lehrer: Richard Schulz. Beginn: Donnerstag, 16. Oktober, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Buchbinder-Verbandes, Engelsufer 24-25, Aufgang C, III. Trepp.

30. 31. Was muß der Betriebsrat und der Gewerkschaftsausschuss vom Betrieb und von der Betriebsrat wissen? Lehrer: Richard Schulz. Beginn: Donnerstag, 16. Oktober, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Buchbinder-Verbandes, Engelsufer 24-25, Aufgang C, III. Trepp.

31. 32. Was muß der Betriebsrat und der Gewerkschaftsausschuss vom Betrieb und von der Betriebsrat wissen? Lehrer: Richard Schulz. Beginn: Donnerstag, 16. Oktober, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Buchbinder-Verbandes, Engelsufer 24-25, Aufgang C, III. Trepp.

32. 33. Was muß der Betriebsrat und der Gewerkschaftsausschuss vom Betrieb und von der Betriebsrat wissen? Lehrer: Richard Schulz. Beginn: Donnerstag, 16. Oktober, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Buchbinder-Verbandes, Engelsufer 24-25, Aufgang C, III. Trepp.

33. 34. Was muß der Betriebsrat und der Gewerkschaftsausschuss vom Betrieb und von der Betriebsrat wissen? Lehrer: Richard Schulz. Beginn: Donnerstag, 16. Oktober, 19 Uhr, im Sitzungssaal des Buchbinder-Verbandes, Engelsufer 24-25, Aufgang C, III. Trepp.

Das 900-Millionen-Defizit.

Woher kommt es? — Gegen die Kapitalflucht nur Worte.

Das Finanzprogramm der Regierung Brüning, das der arbeitenden Bevölkerung neue schwere Opfer zumutet, sucht seine Rechtfertigung in dem gigantischen Defizit, das abermals im Reichshaushalt entstanden ist. Die Regierung schätzt das Defizit für das laufende Rechnungsjahr auf 750 bis 900 Millionen, wovon 450 bis 600 Millionen auf den Rückgang der Steuer- und Zolleinnahmen entfallen, der Rest auf die Mehrausgaben infolge der Arbeitslosigkeit. So ungeheuerlich diese Ziffern klingen, so kommen sie doch nicht ganz überraschend. Ueberraschung muß nur die Schönfärberei einer Regierung hervorrufen, die immer wieder, wenn ein Loch mühsam gestopft war, hoch und heilig beteuerte, nunmehr sei der Haushalt endgültig ausgeglichen. Oder, wie der Reichsfinanzminister

Dietrich noch knapp vor den Wahlen versichert, der neue Reichstag werde einige Monate Zeit haben, bis er sich wieder mit Finanzfragen beschäftigen müsse.

Dietrich gab diese Versicherung nur wenige Tage früher ab, ehe die Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung veröffentlicht wurde, in der bereits die Mindereinnahmen auf 410 bis 430 Millionen und die Mehrausgaben auf 225 Millionen geschätzt wurden.

Immerhin, berücksichtigt man die Tatsache, daß von den 410 bis 430 Millionen Mindereinnahmen nach der Schätzung des Instituts für Konjunkturforschung 60 bis 70 Millionen auf die Zölle entfallen, also nur 350 bis 360 Millionen auf das Reich, und vergleicht man damit die neue Schätzung der Reichsregierung von 450 bis 600 Millionen Mindereinnahmen für das Reich, dann bleibt doch noch eine Differenz bestehen, die angesichts der kurzen Zeitpanne von kaum einem Monat, die zwischen beiden Schätzungen verlossen ist, sehr erheblich ist. Will man aber

Die ganze Schwere des Rückslags

in den Reicheinnahmen ermessen, dann genügt es nicht, die Mindereinnahmen gegenüber dem Voranschlag zu errechnen, sondern man muß ihnen die Mehreinnahmen hinzufügen, die dem Reich auf Grund der zahlreichen Steuererhöhungen der letzten Monate zufließen. Die Steuer- und Zollerhöhungen seit der Tabaksteuererhöhung vom Dezember vorigen Jahres sind, wenn man ihre Soll-Mehraufkommen im Rechnungsjahr 1930 gegenüber 1929 berücksichtigt, auf etwas über eine Milliarde zu veranschlagen. Dabei ist sowohl das Mehr an Industriebelastung unberücksichtigt geblieben, weil es sich dabei um eine rein technische Angelegenheit handelt, als auch das Mehr, das sich aus den zahlreichen Erhöhungen der Agrarzölle ergeben müßte, dessen Höhe aber schwer abzuschätzen ist.

Unter Berücksichtigung dieser Steuer- und Zollerhöhungen ergibt sich also für das Rechnungsjahr 1930 ein Einnahmehausfall von 1500 bis 1600 Millionen für das Reich. Um rund 1 1/2 Milliarden hätte die Wirtschaft in diesem Rechnungsjahr dem Reich weniger gegeben, wenn die steuerliche Belastung relativ auf der früheren Höhe geblieben wäre. Selbst die Steigerung der Belastung um mehr als 10 Proz. (1 Milliarde von 9325 Mill. für das Rechnungsjahr 1929 veranschlagter Einnahmen) vermochte den Ausfall noch nicht aus der Welt zu schaffen, sondern läßt noch 450 bis 600 Millionen Mindereinnahmen ungedeckt.

Wie läßt sich der ungeheure Rückgang der Steuereinnahmen erklären?

Selbstverständlich spielt dabei die Wirtschaftskrise die ausschlaggebende Rolle. Zu den vielen unheilvollen Auswirkungen der kapitalistischen Wirtschaftskrise gehört auch ihre Wirkung auf die Staatsfinanzen. Die kapitalistische Krise stürzt nicht nur Millionen Arbeiter und Angestellte in das Elend der Arbeitslosigkeit, sie bringt auch die Finanzen des Staates in Gefahr. Der Staat lebt von der Wirtschaft, genauer vom Ertrag der Wirtschaft. Geht der Gesamtsertrag der Volkswirtschaft infolge einer schweren Wirtschaftskrise zurück, so sinkt auch der Anteil, mit dem der Staat an diesem Ertrag beteiligt ist. Und das Unglück, in das die Krise die Wirtschaft stürzt, will es, daß gerade in dieser Periode des Rückgangs der Staatseinnahmen der Ausgabenbedarf des Staates wächst, weil er verpflichtet ist, der Not und dem Elend, das die Krise zur Folge hat, einigermassen zu steuern.

Immerhin, selbst wenn man mit einem fühlbaren Rückgang des Gesamtetrags der Wirtschaft, also mit einer Senkung des Volkseinkommens infolge der Krise rechnet, so erscheint ein Rückgang der Steuer- und Zolleinnahmen des Reichs um 16 bis 17 Proz. (1500 bis 1600 Millionen von 9300 Millionen) doch immer ungeheuer hoch. Ob es nicht vielleicht neben der Wirtschaftskrise als solcher noch weitere Ursachen für den Einnahmehausfall gibt? Zwei Gründe veranlassen diese Fragestellung.

Erstens ist der Einnahmehausfall nicht bei allen Steuern gleichmäßig. Wenn man für die ersten fünf Monate des Rechnungsjahres 1930 (April bis August), für die die Einnahmeverhältnisse vorliegt, alle Besitzsteuern einerseits und alle übrigen Steuern andererseits, soweit in beiden Gruppen bis dahin keine Steuererhöhungen wirksam wurden, zusammenstellt und mit den entsprechenden Steuern des Vorjahres vergleicht, so kommt man zu folgendem interessanten Ergebnis: Der Ertrag der vergleichbaren Besitzsteuern ist in diesen fünf Monaten gegenüber dem Vorjahr von 1373 auf 1238 Millionen zurückgegangen, also um rund 10 Proz., der Ertrag der vergleichbaren übrigen Steuern von 1599 auf 1488 Millionen, also um rund 7 Proz.

Die Besitzsteuern sind also in ihrem Ertrag wesentlich stärker zurückgegangen als die übrigen Steuern,

obwohl diese durch die Arbeitslosigkeit von drei Millionen Menschen beeinträchtigt wurden.

Die zweite auffällige Tatsache wurde schon erwähnt: Die Höhererschätzung des jetzt noch zu erwartenden Einnahmehausfalls von 350 bis 360 Millionen auf 450 bis 600 Millionen binnen eines Monats, obwohl sich in diesem Monat an der Wirtschaftslage nichts Wesentliches verändert hat. Aber eine neue Tatsache liegt vor: Die Reichstagswahlen und ihre wirtschaftlichen Auswirkungen. Und damit gelangen wir zu dem von uns gesuchten Ergebnis: Was nach dem 14. September eingetreten ist, ist ein

beunruhigendes Anwachsen der Kapitalflucht.

das offenbar die Regierung fürchten läßt, das Steuereinkommen werde sich noch ungünstiger gestalten, als das Institut für Konjunkturforschung angenommen hatte.

Es kann nicht daran gezweifelt werden, daß der stärkere Einnahmehausfall bei den Besitzsteuern gegenüber den übrigen Steuern ebenfalls wenigstens zu einem großen Teil auf die Kapitalflucht zurückzuführen ist. Irgendwelche Ziffern, die Anspruch auf Genauigkeit erheben, lassen sich dafür freilich nicht angeben. Denn es ist nicht nur die genaue Höhe der Kapitalflucht unbekannt, es läßt sich auch nicht angeben, welcher Teil des aus Deutschland geflohenen Kapitals von den Steuerpflichtigen der Steuerbehörde noch richtig angegeben wird und welcher Teil sich der Besteuerung in Deutschland vollständig entzieht.

Es lassen sich auch darüber keine genauen Angaben machen, in welcher Höhe die Steuereinnahmen durch reine Steuerflucht betroffen werden, d. h. durch Vorgänge, bei denen das Kapital zwar in Deutschland bleibt, aber durch Einbringung in ausländische Holdinggesellschaften oder durch Verschlebung von Gewinnen an ausländische Tochtergesellschaften usw. der Besteuerung entflieht. So viel kann aber mit gutem Gewissen gesagt werden: Die Kapital- und Steuerflucht, die sich vom Beginn des Jahres 1929 an gegenüber den vorhergehenden Jahren wesentlich gesteigert hat, macht sich bereits in den Besitzsteuereinnahmen bemerkbar, obwohl es bei den veranlagten Steuern immer längere Zeit braucht, bis solche Einflüsse im Steuerertrag fühlbar werden. Und die bedrohliche Steigerung der Kapitalflucht in den letzten Monaten und Wochen wirft bereits ihre Schatten auf die Steuereinnahmen der nächsten Monate voraus, so daß sich die Regierung für diese letzten Monate des laufenden Rechnungsjahres zu weiteren Niedrigerschätzungen genötigt glaubt.

Die Regierung Brüning hat in ihrem Finanzprogramm sehr scharfe Worte gegen die Kapitalflucht gefunden. Irgendwelche Maßnahmen hat sie freilich nicht angeündigt und auch Gedanken darüber, wie der Kapitalflucht gesteuert werden könne, hat sie nicht geäußert.

14 Prozent Zehenddividende.

Der Abschluß des Schweizer Bergwerksvereins.

Das größte Zehendenunternehmen im Nacher Revier, der Schweizer Bergwerksverein, veröffentlicht jetzt seinen Abschluß für das am 30. Juni beendete Betriebsjahr 1929/30. Obwohl die Krise seit Jahresbeginn sich auch im Kohlenbergbau zusehends verschärft hat, das Unternehmen bei Abschluß des Geschäftsjahres also sechs Monate unter Kriseneinflüssen stand, kommt dies weder in den Umsatzen noch in den Gewinnziffern des Unternehmens zum Ausdruck.

Die hohe Dividende von 14 Prozent gibt hierbei allerdings nicht den Ausschlag, auch nicht der mit 3,3 Millionen Mark wieder in gleicher Höhe „errechnete“ Reingewinn, da die Aktionärsdividenden durch den Interessengemeinschafts-Vertrag mit dem luxemburgischen Stahlkonzern Erbed festgelegt sind. Um so deutlicher kommt aber bei den Produktions- und Umsatzzahlen zum Ausdruck, daß das abgelaufene Geschäftsjahr für den Schweizer Bergwerksverein alles andere als ein Krisenjahr gewesen ist.

So konnte in den Steinkohlengruben die Förderung um fast 13 Prozent auf 4,6 Millionen Tonnen gesteigert werden, so daß damit im Laufe der letzten vier Betriebsjahre die Kohlenförderung bei dem Unternehmen um insgesamt 65 Prozent erhöht wurde. Daß diese Mehrförderung überwiegend durch erhöhte Leistung der Belegschaft erzielt wurde, beweist die Tatsache, daß die Gesamtbelegschaft einschließlich der Hochofen- und Hüttenarbeiter in diesen Jahren nur um 21 Prozent gestiegen ist. Da die Zehendenarbeiter etwa zwei Drittel der Gesamtbelegschaft ausmachen, ist die Kohlenförderung seit 1926 fast um das Fünffache schneller gemachsen als die Zahl der beschäftigten Bergarbeiter. Es zeigt sich also auch im Nacher Gebiet, wie im Ruhrbergbau, daß die Leistungssteigerung je Mann und Schicht im letzten Jahr noch in verblüffendem Tempo zugenommen hat.

Für Rationalisierungszwecke und Ausbau der Betriebe, besonders Erweiterung der Verhüttungsanlagen, wurden im Berichtsjahr rund 6,5 Millionen Mark ausgegeben, die zum größten Teil aus tausenden Gewinnen „über Betrieb“ begahlt wurden. Die schon im Vorjahre beträchtlich erhöhten Abschreibungen haben eine weitere Heraushebung von 4,2 auf 4,4 Millionen Mark erfahren, so daß trotz der umfangreichen Reinvestitionen der Anlagewert in der Bilanz nur von 47,3 auf 49,5 Millionen Mark gemachsen ist.

Nach dem Verwaltungsbericht betragen die Haldbestände am Ende des Geschäftsjahres 151 630 Tonnen, deren Wert sich einschließlich der Nebenprodukte auf 3,46 Millionen Mark stellte. Eine Verlebung des Abfalls ist bisher ausgeblieben. Auch bei den 60 Prozent beschäftigt waren, ist noch keine Besserung des Beschäftigungsgrades festzustellen.

Die Mißwirtschaft der Eisenpreise.

Wann wird der Krisenverschärfung durch überhöhte Eisenpreise ein Ende gemacht?

Der deutsche Stabeisenpreis steht jetzt glücklicherweise noch bei 187 Mark, während die Weltmarktpreise 85 Mark bereits unterschritten haben. Gegenüber den Weltmarktpreisen besteht also jetzt eine Differenz von nicht weniger als 60 Proz.; bei den übrigen Eisenpreisen ist es ähnlich, teilweise noch trister.

Dabei wird die Lage auf dem deutschen Eisenmarkt immer trister. Der Stahlwertverband muß in seinem Septemberbericht feststellen, daß für Halbzeug, Formeisen, Stabeisen, Bandblech, Grob- und Mittelbleche sowie Universaleisen die Lage im September sich noch weiter verschlechtert hat. Bei den wichtigsten Eisenarten seien die Erlöse durch heimische und französische Konkurrenz scheinlich gedrückt. Nur bei Oberbaustoffen, die die Reichsbahn braucht, hat sich der Auftragbestand für September und auch Oktober etwas gehoben, und zwar wohl nur wegen der zufälligen Zufüsse der Reichsbahn. Trotz dieser Lage wird ein verrückt hohes Preisniveau aufrechterhalten, das durch Rabatte im Inland zwar teilweise durchbrochen wird, aber doch in schwerstem Maße die eisensarbeitende und auch die Agrar-

industrien schädigt. Von dort aus wirkt sich das hohe Preisniveau in der gesamten Volkswirtschaft krisenverschärfend fort.

Das einzige deutlich erkennbare Ziel der Eisenherren ist dabei, um keinen Preis die jetzige Preislage nach unten zu verdrängen, weil man der Hoffnung ist, bei der geringsten Besserung der Wirtschaftslage dann diese Preise wieder effektiv machen zu können. Es fehlen schon bald die Worte, um den hier vorliegenden Wirtschaftskrisenstand so zu kennzeichnen, wie es sich gebührt. Es ist der denkbar schwerste Vorwurf gegen die jetzige Regierung, daß sie finanzielle und wirtschaftliche Notprogramme mit neuen Opfern für das hungernde Volk durchsetzen will und nicht die Kraft aufbringt, die Schwerindustrie zur Revision ihrer inländischen Eisenpreise zu zwingen.

Lehrreiche U.S.A.-Autokrise

Stärkung der großen Unternehmungen auf Kosten der kleinen

Die amerikanische Automobilherstellung erreichte im ersten Halbjahr 1930 nur 2,32 Millionen Stück gegenüber 3,41 Millionen Stück im ersten Halbjahr 1929; ein Rückgang um genau ein Drittel. Der inländische und ausländische Absatz sanken noch etwas stärker. Die beiden größten amerikanischen Automobilfirmen, die General Motors Corp. und die Ford Motor Co., sind jedoch von diesem Abwärts am wenigsten betroffen worden. In den Fordwerken ist die wöchentliche Arbeitszeit von 5 auf 4 und jetzt sogar auf 3 Tage verkürzt worden, insgesamt also auf 60 Proz. des vorherigen Standes. Anteilsmäßig hat sich jedoch das Ford-Automobil immer stärker durchgesetzt. In den ersten sieben Monaten entfielen von der gesamten Auslandsproduktion der Vereinigten Staaten 41,8 Proz. auf die Ford Motor Co., gegenüber 31,9 Proz. im ersten Halbjahr 1929. Die General Motors Corp., deren Produktionsanteil im ersten Halbjahr 34,3 Proz. betrug, verzeichnete in den ersten sieben Monaten 1930 einen Anteil von 33,6 Proz. Auf beide Firmen zusammen entfielen in den Monaten Januar bis Juli

1929	64,7 Prozent
1930	75,3

Während also alle übrigen Automobilfirmen der Vereinigten Staaten, darunter weltbekannte Unternehmungen wie Chrysler, Nash, Studebaker usw., 1929 noch mehr als ein Drittel der Produktion stellten, war es 1930 weniger als ein Viertel.

Das selbe zeigt die Gewinnentwicklung, für die allerdings die Fordischen Zahlen nicht vorliegen. Bei der General Motors Corp. sank der Reingewinn (das erste Halbjahr 1930 verglichen mit dem Zeitraum 1929) von 152 auf 98 Millionen Dollar; also etwa um ein Drittel, bei anderen Gesellschaften aber in viel größerem Umfang, so z. B. bei Studebaker von 11,2 auf 2,6 Millionen Dollar, also um drei Viertel, bei Nash von 10,7 auf 3,7 Millionen Dollar, also um zwei Drittel. Einige Automobilfirmen wie Graham-Paige und Red Motor hatten sogar Verluste. Gemessen am Eigenkapital belief sich bei den acht größten amerikanischen Automobilgesellschaften — ohne Ford und General Motors — der Reingewinn auf nur 3,4 Proz. gegenüber 12,7 Proz. im Vorjahr.

Es ist jedoch bemerkenswert, daß auch diese amerikanischen Unternehmungen — wie übrigens auch die meisten anderen Gesellschaften der Vereinigten Staaten — vielfach über verhältnismäßig sehr große Kapitalreserven verfügen, so daß bei einem Nachlassen der Krise die amerikanischen Firmen sofort wieder mit voller Kraft an die Bearbeitung der in- und ausländischen Märkte herangehen können.

Schlechte Wirtschaftslage hält an.

Zast neun Millionen Tonnen Haldbestände im Bergbau.

Wie die internationale Wirtschaftslage hat sich auch die Konjunktur in Deutschland nach den Berichten der Handelskammern im Laufe des September keineswegs gebessert. Im Ruhrbergbau blieb die arbeitsmäßige Förderung mit 329 562 Tonnen gegenüber dem August fast unverändert. Der arbeitsmäßige Absatz des Spinnrautes hat sich sogar weiterhin verschlechtert. Insgesamt lagerten einschließlich der Bestände des Spinnrautes und einschließlich der Koks- und Brikettvorräte über 8,8 Millionen Tonnen auf Halben. — Auch die Gesamtmenge der Grobeisenindustrie ist unverändert schlecht geblieben, wenn sich auch die Neubestellungen der Reichsbahn in ihren ersten Anfängen auszuwirken beginnen. Im Maschinenbau war lediglich noch Spezialmaschinen die Nachfrage etwas lebhaft, jedoch verlagert sich hier der Inlandmarkt vollständig. Der Absatz von Werkzeug-, Bergwerks- und Schmiedemaschinen lag auch im Berichtsmontat gänzlich daneben.

Bei verschiedenen Spezialindustrien, so in der Chemischen Industrie und in der Elektrotechnik hat sich die Lage im September erheblich weiter verschlechtert. Auch die Stromabgabe der öffentlichen Elektrizitätswerke ist im allgemeinen stark zurückgegangen. Auch die Entwicklung in der Textilindustrie ist infolge der Kaufrückstufung der breiten Massen, die bei der langen Dauer der Wirtschaftskrise immer fühlbarer wird, durchaus unbefriedigend geblieben.

Schwierigkeiten im Kugellagertrust.

Der schwedische SKF-Konzern, der in Deutschland die Vereinigte Kugellagerfabrik U.S. beherrscht, scheint infolge der allgemeinen Krise, insbesondere des Produktionsrückganges der Automobilindustrie, eine Verringerung seines Geschäftsertrages zu haben. Während die schwedische Kugellagerausfuhr im August 1929 3,7 Millionen Kronen betrug, war sie im August 1930 auf 1,8 Millionen Kronen, also auf die Hälfte gesunken.

In Deutschland wurden kürzlich die Maschinenfabrik Rheinland U.S. und die Kiebo-Werke U.S., Weiskens, beide unter Kontrolle der Vereinigten Kugellagerfabrik U.S., in Verfolg der Restrukturierungsmaßnahmen des Konzerns liquidiert.

Kohrbach will im Ausland bauen. Wie die Verwaltung der Kohrbach-Werke mitteilen läßt, soll der dreimotorige Kohrbach-Roland-Lyp, der auch bei der Luftfahrtflieg, künftig auch im Ausland gebaut werden. Die Patente, Zeichnungen und Berechnungen sollen als Lizenz gegen erhebliche Summen zu diesem Zweck veräußert worden sein. — Es wäre aber wünschenswert, daß die Kohrbach-Werke die ausländische Firma und auch den Preis für die abgetretene Lizenz nennt.

Konkurrenz gehen zurück. Im September waren 789 neue Kontrakte gegen 810 im August und 508 neueröffnete Bergbauverfahren gegen 591 im Vormonat zu verzeichnen.

Al. Smirnow: Ryndai ist erwachsen

Rynda i hatte kein eigenes Ichum, weil er erst dreizehn Jahre alt war. Er lebte zusammen mit seinem Vater Kufba i und seiner Mutter Tschukotscha, und im letzten Winter hatten „gute Geister“ ihnen noch den kleinen Pampuni gebracht. Aber die Taiga wird nicht nur von guten Geistern bewohnt. Dort haust auch der „Schaitan“, der nur auf die Gelegenheit wartet, um dem Taugen etwas Schlimmes anzutun. Eines Morgens war Tschukotscha nicht aufgestanden, hatte kein Feuer gemacht, sieh Pampuni hungrig schreien und blieb in ihrem Schlaf sack liegen. Als sie sich nicht rührte, nachdem man sie geschüttelt und sogar heiße Kohle an die Wangen gehalten hatte, blieb kein Zweifel mehr übrig: während der Nacht war ein „böser Geist“ gekommen und hatte ihre Seele gestohlen.

Rynda i hätte nicht jagen können, welches Gefühl er zu der Mutter begie; aber als er sie kalt und unbeweglich liegen sah, fühlte er einen Knoch im Halse. Doch als er einen Blick auf den Vater warf, unterdrückte er das Gefühl, weil er sich für halb erwachsen hielt und in allem dem Jäger gleichen wollte. Kufbais Gesicht war ruhig und unbeweglich wie immer. Tschukotscha war ihm schon zehn Jahre lang eine gute Frau gewesen, aber das Gesetz bestimmt, daß alles lebt, um zu sterben, wenn seine Zeit kommt, und da für Tschukotscha eben die Zeit gekommen war, hatte es doch keinen Zweck, sich deswegen die Haare zu zerren.

Und Rynda i begann, ohne überflüssige Worte, dem Vater zu helfen. Sie schleppten die Leiche aus dem Ichum, legten sie auf eine Reihe von Steinen, deren Enden sie zusammenbunden, und hängten den primitiven Sarg an festen Riemen an die Rinde eines großen Baumes. Dann sammelten sie die Kleidung und einige Sachen der Verstorbenen und befestigten sie rings um das lichte Grab, damit Tschukotscha keinen Mangel in dem „Reiche der Finsternis“ leide. Dann bereiteten sie sich, das Ichum und ihr weniges Hab und Gut auf die Renniere zu packen und weiterzukommen. In der Nähe eines Toten zu bleiben, hieß sich einer großen Gefahr aussetzen, denn der „Geist des Todes“ wird nie satt: bevor er noch ein Opfer aufgefressen hat, lacht er schon nach dem zweiten.

Als die Sonne hinter den fernen Hügeln unterging, waren sie schon weit von der Stätte des Todes auf einer von sibirischen Fledern umgebenen Lichtung mit genug Renniermoos und einem Bach in der Nähe. Hier brauchten sie keine Angst vor dem fürchterlichen „Geist“ zu haben. Erstens war es für ihn zu weit, und dann wird ihn der Hund, den die Taugen am alten Lager zurückzubleiben zwangen, nicht vorbelassen. Sie hatten dem Hund den Schwanz in einem gespaltenen Baum festgeklemmt und zwangen ihn dadurch, so fürchtbar zu heulen, daß der Schaitan erschrecken muß und ihnen nicht folgen wird.

Auch für den kleinen Pampuni fand sich Rat. Die zottige Hündin Kamla hatte gerade vor kurzem fünf Junge geworfen und zeigte keine Unzufriedenheit, als man ihr das kleine Menschlein brachte, und Pampuni ließ sich die Hundemilch gut schmecken, begann sattgemorden eine Balgerel mit seinen vierbeinigen Milchbrüdern und schielte schließlich zwischen ihnen ein.

Da Kufbais die kostbare Jagdzeit nicht mit der Suche nach einer neuen Frau vertrödeln wollte, übertrug er Rynda i die Sorge um die Wirtschaft und die Renniere und widmete sich ganz der Jagd.

Eines Abends kehrte Kufbais nicht zu dem Ichum zurück, und Rynda i ließ vergebens die ganze Nacht ein Feuer brennen. Am nächsten Morgen kamen die Hunde, die den Vater zur Jagd begleitet hatten, allein zurück, und einer von ihnen war ganz zerbrochen. Hunde verlassen nie ihren Herrn ohne Grund! Rynda i warf das Gewehr über die Schulter, band zwei Hunde neben dem Ichum fest, damit sie den kleinen Pampuni bewachen, und ging mit den übrigen, den Vater zu suchen.

Einen Menschen in der Taiga zu finden? — Aber Rynda i sah alles: die kaum bemerkbare Vertiefung im Moos, einen abgebrochenen Zweig, niedergedrücktes Gras. Fehlerlos bestimmte er die Bedeutung der Zeichen: dort waren vor drei Tagen Renniere gegangen, hier hatten Rager an jungen Tritten genagt. Bis Mittag war Rynda i durch das Tal durch, in dem sein Vater mit Vorliebe jagte. In einer Stelle fand er Reste eines Waldheuers und daneben Hühnerfedern. Hier hatte also der Vater Raft gemacht, aber das Gras in der Nähe war nicht niedergedrückt, also hatte er hier nicht übernachtet, sondern war weitergegangen. Die Spuren führten durch einen Waldschlag.

Es begann schon zu dunkeln, aber Rynda i ging immer weiter und weiter. Er fühlte keine Müdigkeit, keinen Hunger, obgleich er seit dem Morgen nichts gegessen hatte. In einem Bach fand er wieder Abdrücke der weichen Lederhandschuhe und Pfelzenasche. Rynda i wurde wach. Natürlich gab es verschiedene Möglichkeiten, die den Jäger veranlassen konnten, so lange im Walde zu bleiben: er konnte zum Beispiel ein großes Tier geschossen haben, und es dauerte lange, bis er ihm das Fell abzog und das Fleisch vor den Waldbrüdern verfestete.

Aber nun war es Nacht geworden und unmöglich, weiter zu suchen. Rynda i sammelte Zweige, machte Feuer, ob einen mitgenommenen gekochten Auerhahn und legte sich schlafen. Als er lag, erinnerte er sich an den kleinen Pampuni, der allein im Lager geblieben war, aber das beunruhigte ihn nicht. Er war ja im Schutze der Kamla und der beiden anderen Hunde. Wichtiger war es, den Vater wiederzufinden. Nach einer unruhigen Nacht schlief er gegen Morgen so fest ein, daß die Sonne schon hoch stand, als er aufwachte.

Zuerst wollte Rynda i gar nicht in diesen Bergfessel hinein, so dicht war er mit Grünsträuch bewachsen, aber die Hunde stürzten in das Gestrüpp und begannen dort so fürchterlich zu heulen, daß Rynda i erschrak. So hatten sie geheult, als der böse Geist die Seele von Tschukotscha gestohlen hatte.

Das Gewehr schußbereit, drang Rynda i vorsichtig durch das Dickicht. Die jungen Taunen standen so dicht, daß, auf Schußweite von den Hunden, er immer noch nicht den Grund ihres Heulens entdecken konnte. Plötzlich stand er auf einer kleinen Lichtung und ein Schrei entrang sich ihm: in der Mitte der Lichtung lag blutig und zerrissen der Körper eines Mannes. Es war Kufbais. Bärenspuren führten wieder ins Dickicht.

Und doch hatten die „guten Geister“ das Lager nicht ganz verlassen. Es hätte noch viel schlimmer sein können. Rynda i hätte doch nur fünf und nicht dreizehn Winter zählen können. Dann wäre er mit Pampuni verhungert oder von wilden Tieren zerrissen worden. Jetzt aber hatte er gestern fünf Eichhörnchen geschossen und wird von den Rüssen für die Heule Mehl und Pulver bekommen. Heute hat er wieder zwei Auerhähne erlegt — es wäre schon gar nicht schlecht, wäre nicht Pampuni. Was wird man mit ihm machen, wenn die Früchte kommen? Er kann doch kein Feuer machen und wird in dem Ichum allein erfrieren, wenn Rynda i auf der Jagd ist.

Eines Abends erinnerte sich Rynda i bei der Rückkehr zu dem Ichum, daß sein Vater einmal im Gespräch mit dem alten Karami beim Besuch in dessen Zelt gesagt hatte: „Wenn Rynda i groß wird, wird er Glibarit zur Frau nehmen.“ Glibarit war

eine Tochter des Karami und Rynda i hatte sie zweimal gesehen. Sie hatte schmale geschlitzte Augen und war ungefähr gleichaltrig mit ihm. War es jetzt nicht Zeit, die Worte des Vaters auszuführen?

Am nächsten Tage fing er sieben Renniere, band auf den Rücken des einen eine Kri Lederjack mit dem schreienden Pampuni fest und trieb sie fluchtlos zu dem Lager Karamis.

Karami war zu Hause. Er saß in seinem Zelt, rauchte die Pfeife und war nicht weiter über die Ankunft Rynda is erstaunt. Er mußte schon von anderen Jägern von dem Tode Kufbais, und Rynda i konnte gleich zur Sache kommen.

Es ist schwer, allein zu leben, Baze,“ begann Rynda i und zog an seiner Pfeife. „Der Junge ist zu klein und ich muß jagen.“

„Natürlich muß man jagen,“ drückte Karami sein Einverständnis aus und zog ebenfalls an seiner Pfeife. „Wie ernährst du aber den Kleinen?“

„Die Hündin nährt ihn. Aber was wird im Winter: ich geh auf die Jagd und der Junge erfriert mir inzwischen.“

„Erfriert. Man muß Feuer machen.“

„Richtig, Baze!“ sagte der junge Jäger und versuchte seiner Stimme Wärme zu geben: „Man kann nicht allein sein, ich will mit einer Frau nehmen.“

Der Alte lächelte kaum: „Und schlägst du genug Tiere?“

„Wie denn anders,“ antwortete Rynda i nicht ohne Stolz. „Selb-

dem Tode des Vaters habe ich zwanzig Eichhörnchen geschossen und vierzig Vögel . . .“

„Ja, wenn du jagen kannst, dann kannst du dir auch eine Frau nehmen!“ entsetzte der Alte.

„Wienel wirst du denn für Glibarit nehmen? — Mein Vater hat gesagt, wenn ich Jäger werde, werde ich deine Glibarit zur Frau nehmen.“

„Das haben wir schon mit deinem Vater besprochen. . . . Schade eigentlich, war ein guter Jäger. . . .“ Der Alte blinzelte nachdenklich in das Feuer. „Wienel Renniere hast du mitgebracht?“ fragte er endlich.

„Fünf und dann noch zwei,“ antwortete Rynda i, „und dann sind ebenso viele im Lager geblieben.“

„Na, die wirst du selbst brauchen, aber die fünf laß hier. Vielleicht bringst du später noch etwas von der Jagd mit: einen Fuchs oder einen Fohel.“

In diesem Augenblick erschallte von der Lichtung, wo die Renniere Rynda is angebunden waren, lautes Geschrei. Pampuni, Kien bisher in seinem Leder sack friedlich geschlafen hatte, meldete sein Erwachen.

„Der schreit aber!“ lächelte Karami. „Na, laß ihn schreien, wird später eine laute Stimme haben,“ meinte er gutmütig, drehte sich dann nach den Frauen um, die sich in der Nähe des Ichums beschäftigten: „He, ihr, macht Glibarit zur Reife fertig, sie wird gleich mit diesem Baze reiten.“

Eine Stunde später kehrte Rynda i nach seinem Lager zurück. Er ritt auf dem einen Rennier hinter ihm ritt Glibarit und trug auf dem Rücken den Leder sack, in dem Pampuni schaukelte.

Dr. med. Ekwe: Liebloses Europa

Edimo ist ein echt westafrikanischer Familienname. Besonders in der Gegend der Guineabucht, wo die Kokospalmen mit ihren charakteristischen schlanken und zweiglosen Stämmen dem tropischen Himmel zu durchbohren scheinen, wo die Bananenbäume mit ihren breiten, langen Blättern die sengenden Sonnenstrahlen abzuhalten suchen, um die Gegend zu beschatten, wo die Mangobäume und die Mangrovenbäume sich so heimisch fühlen, wo das Brüllen der Raubtiere, das Trompeten der Elefanten und das Zischen und Klappern der Reptilien sich zu einem natürlichen Orchester vereinigen. Hier in dieser Gegend ist auch der Name Edimo zu finden.

Agea Edimo ist ein Landsmann von mir; er ist im selben Ort geboren wie ich. Wir waren Schulkameraden bis zu einer gewissen Zeit. Er hat sich dann eines Tages nach Deutschland eingeschifft, weil seine Angehörigen es so haben wollten. Ich vergesse den Tag nie, an dem er von uns Abschied nahm. Er, der immer so begeistert war, nach Europa fahren zu dürfen, wollte bei der Abfahrt des Boermann-Dampfers nichts mehr von der Europareise wissen. Aber davon war nichts mehr zu ändern gewesen: Edimo mußte nach Deutschland.

Nun lebe er schon jahrelang hier und hat seit dieser Zeit seine Angehörigen in Westafrika nicht mehr zu Gesicht bekommen. Aber seine Muttersprache hat er nicht verlernt.

Nachdem ich die Schule in unserer Heimat absolviert hatte, bin auch ich nach Deutschland gekommen, und der Zufall wollte es, daß ich Edimo zu sehen bekam. Was mir die größte Freude bereitete, war der Umstand, daß er mich auf unsere „afrikanische Art“ begrüßte.

Er kam auf mich zu, gab mir die Hand und sagte: „Ekwe nie etuse?“ (Mein lieber Ekwe, wie geht's?)

Und ich erwiderte: „Njamba, nde e be bwam gita, ye te na biso le nde o mboa su!“ (Gut, oder besser wäre es, wenn wir zu Hause wären.)

Nach unserer Begrüßung kamen wir dann in schönste Unterhaltung. Edimo, der schon längere Zeit Medizin studierte, hielt mir einen Vortrag über Logine und Antitoxine, über Infektionskrankheiten, ihre Symptomatologie, Ätiologie und Diagnostik. Mein Wissensdurst und mein Interesse wurden sofort geweckt, und schließlich hat ich Edimo, mir auseinandersetzen, warum eigentlich, wie ich so oft hören und lesen mußte, ausgerechnet unsere afri-

kanischen Landleute am meisten mit den venetischen Krankheiten befallen sein sollen.

Er runzelte die Stirn für Sekunden, so daß zwei senkrechte Falten im Kreuzungspunkt seiner langen schwarzen Augenbrauen sichtbar wurden, und sagte dann:

„Ich war mit einer sehr hübschen Europäerin befreundet. Sie war jung. Ihr Haar war schwarz, ihr Teint wie Elfenbein und ihre Gelenke so fein, daß das blaue Geäder jart durch die zarte Haut schimmerte. Ich liebte sie innig wie sie mich, und wir fanden, daß wir verwandte Seelen hatten, obwohl sie eine Deutsche war und ich ein Eingeborener von der Guineaküste.“

Aber seit ihre Angehörigen in Erfahrung gebracht hatten, daß ihre Tochter mit einem „Schwarzen“ ein festes Liebesverhältnis hatte, wurde sie von diesen verachtet. Ihre Eltern erklärten ihr, sie könne einen europäischen Straßenkehrer oder Steinklopfer als Gatten erwählen, aber eine Ehe mit einem „Neger“ — — — niemals. Lieber wollten sie ihre Tochter tot wissen als in Gemeinschaft mit mir.

Beil das Mädchen sehr hübsch war, wurde sie auch von vielen Weibern umschwärmt. Einer ihrer Bewerber war ein Chemiker. Dieser erklärte dem Mädchen, daß die „Schwarzen“ von Geschlechtskrankheiten vererbt wären.

Dieser Mann hat es schließlich verstanden, mit seinen „Aufklärungen“, daß diese Krankheiten in Afrika heimisch seien, mir das Mädchen abspenstig zu machen.

Was bleibt auf unser armes Volk hatten. Was nicht in den Gang der europäischen Maschine paßt, das wird dem „Schwarzen“ zur Last gelegt. Wenn du, lieber Ekwe, ein dermatologisches Heftchen durchblättern, wirst du beim Kapitel „Tropenkrankheiten“ die Infektionskrankheit „Que“ nie als eine häufig in den Tropen vorkommende Krankheit erwähnt finden. Warum verbreitet man trotzdem immer wieder solche Unwahrheiten in Europa? Das afrikanische Volk ist durchweg ferngejudet. Augenblicklich wenigstens ist Afrika noch nicht degeneriert. Aber die große europäische Rasse wird von bestimmter Seite absichtlich über afrikanische Verhältnisse falsch unterrichtet. Und Edimo schloß tauglich: „Im übrigen bin ich der Ansicht, daß der Afrikaner in den Augen der Europäer immer als Mensch zweiter Ordnung angesehen wird, denn der Europäer hat keine liebende Seele!“

Sterben oder Leben?

Das charakteristische Anzeichen der Herbstlandschaft ist das gelbe oder gelbbraune Laub. Die Blätter sind entfärbt, und wenn ein Windstoß durch die Kronen der Bäume fährt, dann flattern die bisher so stark befestigten Blätter, die man nur mit Mühe abreißen konnte, in Massen zu Boden. Der Vorgang ist aber nicht — wie man es von lyrischen Dichtern oft hört — ein Prozeß des Sterbens, sondern viel eher ein Prozeß der Erhaltung des Lebens. Der Baum hat in sich das unbesiegbare Streben, alle Kräfte zusammenzurufen und zweckmäßig aufzuspeichern, um im nächsten Frühjahr aufs neue zu sprossen und Knospen, Blüten und Blätter treiben zu können.

In jedem Baum befindet sich wie in jeder Pflanze ein Laboratorium, das mit größter Zweckmäßigkeit arbeitet. Das Blattarion, auch Chlorophyll genannt, das für die Verwertung des Kohlenstoffs in der Pflanze eine Lebensnotwendigkeit ist, wird im Herbst zur Aufspeicherung in besonders dazu vorgesehene Gefäße zurückgezogen. Dann tritt der melancholische Anblick des niederdrückenden Laubes ein. Die Blätter fallen, denn sie sind im Augenblick für das Leben des Baumes nicht mehr notwendig, sie haben ihre Aufgabe im Sommer erfüllt, und da jetzt Sonnenschein und Wärme fehlen und der Baum ein Leben der Kräfteaufspeicherung im Innern beginnt, so können sie abfallen.

Es fragt sich aber, wie so plötzlich diese stark befestigten Blätter sich von selbst bei einem Windhauch ablösen. Auch dafür hat die Natur gesorgt, daß alles in leichter Form und ohne jede Beschädigung des Organismus vor sich geht: der Baum stellt ein besonderes Ablösungsgewebe bereit, das sich im Laufe der Sommermonate am Grunde des Blattes bildet. Sobald dieses Ablösungsgewebe sich im Herbst zwischen Blattstiel und der Rinde des Zweiges einschaltet, wirkt in der Baumrinde außerdem ein besonderer Lösungstoff mit, so daß die Vorbedingungen für das leichte Abfallen der Blätter gegeben sind. Durch dieses Ablösungsgewebe und den Lösungstoff sind die Blätter so gelockert, daß sie beim geringsten Windstoß vom Baume herunterfallen.

Der Laubfall im Herbst ist übrigens für das Leben des Baumes nicht unbedingt erforderlich; so kommt es, daß es zahlreiche Bäume gibt, bei denen das Laub auch im Herbst und Winter nicht völlig abfällt. Bei diesen wird im Frühling das alte verweilte Laub durch das neu heraussprossende verdrängt und fällt erst dann zu Boden. So haben wir im Frühjahr oft den Anblick, daß an manchen Bäumen sich neben irischem grünen Blättern auch welke gelbe befinden. Die Vorgänge innerhalb des Baumes im

Herbst sind also, wie man daraus erkennt, nicht Vorgänge des Sterbens, sondern der zweckmäßigen Lebensförderung. Nur der äußere Augenschein täuscht; wenn wir imstande sind, in das innere Leben des Baumes einzudringen und die Gehege zu erkennen, nach denen er seinen Aufbau in den verschiedenen Jahreszeiten gestaltet, sehen wir, wie falsch unsere Vorstellungen gewesen sind.

Die Katze läßt das Mäusen

Wenn auch das Sprichwort sagt: „Die Katze läßt das Mäusen nicht“, so hat doch eine eingehende Vertiefung in die Katzenpsychologie das Gegenteil erwiesen. Wie Dr. King der Frankfurter Wochenchrift „Die Umschau“ berichtet, hat der chinesische Psychologe Dr. Jang Hong Kuo Versuche an Katzen durchgeführt, die zeigen, daß Ratten und Mäuse durchaus nicht den „Erbfeind“ der Katze darstellen.

Er brachte Katzen mit Ratten und Mäusen unter verschiedenen Umständen zusammen und beobachtete ihr Verhalten. In einem Fall wurden junge Katzen in Käfigen gehalten, so daß sie während der ersten Wochen ihres Lebens mit keiner Ratte oder Maus zusammenkommen konnten. Von zwanzig Käfigen, die so aufgezogen waren, lösteten später nur neun Ratten oder Mäuse. Bei einem anderen Versuch wurden solche Tiere den neugeborenen Katzen als Gespielen beigegeben, und von den so „erzogenen“ Käfigen löstete keine später die Spielgefährten oder überhaupt eine Ratte oder Maus derselben Rasse. Nur drei von den achtzehn dieser Katzen machten später Ratten einer anderen Rasse, als die ihrer Jugendgenossen war, zur Beute. Bei einem dritten Versuch lernten die jungen Katzen das Rattenjagen dadurch, daß sie ihre Mütter bei der Ratten- und Mäusejagd beobachteten. Von diesen Käfigen zeigten 85 Proz. den Raubininstinkt, bevor sie vier Monate alt geworden waren.

Käfigen, die drei bis vier Monate als Vegetarier aufgemacht waren, nahmen später kein Fleischfutter; wenn sie trotzdem auf die Ratten- und Mäusejagd gingen, so veranlaßte sie also nicht der Hunger dazu. Der chinesische Gelehrte schließt aus diesen Beobachtungen, daß „junge Käfigen so erzogen werden können, daß sie Ratten und Mäuse töten und lieben, hassen und fürchten, ja auch mit ihnen spielen“ Jedenfalls hat sich gezeigt, daß der Instinkt ein weit verwickelteres Geschehen ist, als man bisher glaubte.